

## **DEUTSCHLAND IN EUROPA - EINE NEUE HEGEMONIE**

**BEITRAG VON ERHARD CROME AUF DER AUßENPOLITISCHEN  
KONFERENZ DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND DER  
ZEITSCHRIFT WELTTRENDS AM 12. OKTOBER 2012.**

Seit Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise, mit deren Fortwirkungen wir es noch immer zu tun haben, beschäftigen sich nicht nur die „Normalbürger“, sondern auch Wissenschaftler, Publizisten und Politiker mit dem Schicksal der Europäischen Union und des Euro. Zeitweilig jagte ein EU-Gipfel den nächsten, ohne dass eine dauerhaft tragfähige Lösung erreicht werden konnte. Wahrscheinlich gibt es eine solche auch nicht, solange kein grundlegender Bruch mit dem Denken und Handeln sowie den Institutionalisierungen erfolgt, die die neoliberale Strömung in den vergangenen Jahrzehnten durchgesetzt hat. Vor diesem Hintergrund steigen auch immer mal wieder die Gespenster einer angeblich beherrschbaren Euro-Auflösung aus den Nebeln. In Deutschland heißt eines davon „Alternative für Deutschland“.

Aus der Finanzkrise seit 2008 wurde eine Wirtschaftskrise und dann eine Eurokrise, weil die „Bankenrettung“ zum Erhalt der überschüssigen Finanzkapitale der Spekulanten und zur Explosion der Staatsverschuldung geführt hatte. Die fiktiven Schulden der Spekulation wurden in reale Schulden der Staaten verwandelt, für die die Steuerzahler aufkommen sollen, in aller Regel um den Preis der Absenkung von Löhnen und Renten. Weil die überschüssigen Kapitale über die Krise gebracht und gerettet wurden, zugleich aber in der „Realwirtschaft“ nicht die entsprechenden Anlagemöglichkeiten finden, richtete sich die Spekulation nun gegen die Staatshaushalte der schwächeren EU-Staaten. Die Konstruktionsfehler der Gründung der EU, die Freiheiten des Kapitals zu vergemeinschaften, nicht aber die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, eine gemeinsame Währung in Gestalt des Euro zu schaffen, aber eine gemeinsame Haftung der teilnehmenden Länder auszuschließen, haben diese Flanke geöffnet. Die Finanzkrise hat zur Kenntlichkeit gebracht, was in der Konstruktion der EU längst angelegt war. Dahinter stehen das ganze Akkumulationsregime und die Regulationsweise eines von Finanzmärkten dominierten globalisierten Kapitalismus. Die Opfer dieser Entwicklungen sind nun vor allem die Bevölkerungen in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien, denen eine Austeritätspolitik, immer neue Sozialkürzungen – in den Medien euphemistisch „Sparprogramme“ genannt – aufgenötigt werden. Auf diesem Wege wurde in immer mehr Ländern aus der Wirtschaftskrise eine „Schuldenkrise“ und wird nun eine soziale Krise, die schließlich auch eine Krise der politischen Verhältnisse zur Folge hat.

### **Die Krise, die EU und Deutschland**

Die Krise hat die EU nicht nur als Institutionengefüge auf den Prüfstand gestellt, sondern auch ihren ursprünglichen Entstehungszweck. Die Ausgangsidee – erinnert sei nur an Jean Monnet und Robert Schuman – war die Schaffung einer europäischen

Friedensordnung durch Einhegung Deutschlands. Die sollte durch Interessenverschränkung nicht nur mit Frankreich, sondern auch unter Einbeziehung von Italien sowie der Benelux-Staaten erfolgen, und zwar auf dem Wege von supranationaler Institutionalisierung – die Montanunion (ab 1950), dann die EWG (ab 1957), EG und schließlich EU waren die Konsequenz dessen. Deutschland, das mit den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts unendliches Leid über Europa und die Welt gebracht hatte, mit seinen Versuchen, den Kontinent zu beherrschen, sollte gehindert werden, einen dritten Versuch zu unternehmen. Hinzu kam die deutsche Teilung: die drei westlichen Siegermächte kontrollierten die BRD, die von Anfang an in Montanunion und EWG/EG/EU eingeordnet war, und die Sowjetunion die DDR. NATO und Warschauer Vertragsorganisation waren nicht nur gegeneinander gerichtet, sondern dienten zugleich der Kontrolle der Deutschen.

Diese Nachkriegskonstruktion war mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/91 erledigt. In der Mitte Europas erstand das vereinigte Deutschland neu, als habe es den Kalten Krieg gewonnen. Der Schweizerische Journalist Eric Hujer beschrieb die veränderte Lage so: „Die Bundesrepublik steht nicht mehr unter Kuratel und ist nicht mehr existenziell auf den Schutz ihrer Verbündeten angewiesen.“ Die Umbrüche von 1989/1991 nennt er eine „Revision der Nachkriegsordnung“. Deren Folge ist, sie „brachte Russland, aber auch den alliierten Siegermächten Frankreich und Großbritannien einen Bedeutungsverlust. Die Bundesrepublik zählt hingegen zu den Gewinnern der neuen Weltordnung. Sie zieht ihre Stärke nicht mehr wie im Kalten Krieg allein aus ihrer wirtschaftlichen Potenz. Gemeinsam mit einer Handvoll anderer Staaten hat sie die kritische Größe, um internationale Politik zu gestalten. Das wiedervereinigte Deutschland ist zu einer Großmacht herangewachsen, und sie beginnt, die Möglichkeiten zu nutzen.“<sup>1</sup> Das war vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise geschrieben. Und die hat Deutschland genutzt, um eben diese beschworene Großmachtspolitik zu realisieren.

Bereits seit der deutschen Vereinigung hat schrittweise eine zunächst begrenzte Verselbständigung der deutschen Außenpolitik stattgefunden. Grundsatz bundesdeutscher Außenpolitik, gerade der westdeutschen vor 1989, war stets, Alleingänge zu vermeiden und immer im Bündnis bzw. im Rahmen internationaler Organisationen zu handeln, sei es die Europäische Union, die NATO oder auch die UNO. Besondere Bedeutung wurde der „Westbindung“ beigemessen. Nach dem 11. September 2001 erklärte der deutsche Bundeskanzler, Gerhard Schröder, die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA. Kam es zu einer Differenz in der Positionierung der USA oder Frankreichs, entschied sich die bundesdeutsche Außenpolitik dann für eine der beiden Positionen. So verweigerte die Schröder-Regierung 2003 die Teilnahme Deutschlands am Irak-Krieg der USA, für den die Bush-Regierung „Willige“ gesucht hatte, sah sich dabei aber in demonstrativer Übereinstimmung mit Frankreich.

Die deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat zur Resolution 1773 (17. März 2011), die den Weg zum Krieg westlicher Länder in Libyen öffnete, war der erste Fall, dass Deutschland nicht mit den USA, Frankreich und Großbritannien, wohl aber mit China, Russland, Indien und Brasilien stimmte – den aufstrebenden Mächten des 21. Jahrhunderts. Auf der Ebene der symbolischen Politik war dies das Signal an die früheren westlichen Besatzungsmächte und langjährigen Verbündeten in der NATO und der EU, dass Deutschland nur dann mit ihnen übereinstimmt, wenn dies seinen Interessen und

---

<sup>1</sup> Eric Hujer: Schluss mit der Heuchelei. Deutschland ist eine Großmacht, Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2007, S. 9.

aktuellen Sichtweisen entspricht. Oder anders gesagt, seit 2011 gilt: Die deutsche Interessenwahrnehmung in der internationalen Politik ist keine abgeleitete Funktion von „Bündnisverpflichtungen“, die andere definieren. Die jener Entscheidung folgende Aufwallung in Teilen der politischen Klasse und der USA-orientierten Medien in Deutschland, die Regierung von Angela Merkel habe Bündnisinteressen ignoriert, zeigte jedoch, dass diese Positionierung innerhalb der herrschenden Kräfte des Landes nicht unumstritten war und nicht von allen geteilt wird.

In der deutschen EU-Politik hat es mittlerweile ähnliche Bewegungen gegeben. Für Kanzler wie Adenauer, Brandt, Schmidt oder Kohl war völlig klar, dass die europäische Integration deutsche Staatsraison ist, ein Ziel an und für sich. Im Zuge der deutschen Politik in der „Schuldenfrage“ ist dies nicht mehr klar. Vielmehr entsteht das Bild, als werde die EU heute aus deutscher Sicht als Voraussetzung betrachtet, das Streben nach einer neuen Weltgeltung möglich zu machen. Deutschland für sich genommen kann mit China nicht auf gleicher Augenhöhe reden, mit der EU als Hinterland deutscher Politik sehr wohl. Der Kollaps des US-amerikanischen Unilateralismus ruft nicht nur „neue“ Mächte auf den Plan, wie China oder Indien, sondern auch „alte“, wie Russland. Die EU gewinnt ebenfalls neue Spielräume, aber nicht nur als Integrationsverbund, auch die in und mit ihr agierenden größeren Mächte – hier auf militärischem Gebiet die gleichfalls „alten“ Mächte Frankreich und Großbritannien im Libyenkrieg bzw. beim Anpeitschen eines Syrienkrieges, oder eben politisch und wirtschaftlich Deutschland als eigenständige Macht mit global ausgreifenden Interessen.

## **Eine neue deutsche Hegemoniedebatte**

Die Zeitschrift *Merkur* eröffnete den Jahrgang 2012 mit einem Text unter der Überschrift: „Hegemon wider Willen.“ Der Autor, Christoph Schönberger, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Konstanz, beschrieb die mit der Finanzkrise veränderte Lage so: „Nichts von den mühsam-kunstvollen Konstruktionen, die Westeuropa nach 1945 entwickelt und der wiedervereinigte Kontinent nach 1989 bestätigt und vertieft hat, erscheint in der europäischen Staatsschuldenkrise noch selbstverständlich. Diese grundlegende Verunsicherung trifft die Bundesrepublik besonders, war doch der erstaunliche Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Eingliederung in ein verdichtet integriertes europäisches Staatengefüge untrennbar verknüpft. Zugleich zeigt sich jetzt deutlicher denn je, wie sehr die Bundesrepublik zur Hegemonialmacht Europas geworden ist. Sie muss führen...“<sup>2</sup> Es folgte der inzwischen oft obligate Hinweis auf die vorgebliche Unfähigkeit der politischen Führung dieses Landes: „Die Anforderungen, die sich aus der deutschen Hegemonialstellung innerhalb der Europäischen Union ergeben, sind groß; die Bundesrepublik wird ihnen aber nur unzureichend gerecht. Dabei verketteten sich mentale und institutionelle Faktoren auf unglückliche Weise.“<sup>3</sup>

Das war zwar 1914ff. und 1939ff. ebenfalls so. (Diesen Vergleich jedoch weist der Autor in einem späteren Beitrag – erwartungsgemäß – weit von sich.<sup>4</sup>) Aber vielleicht ist es das deutsche Schicksal, sich zur Hegemonie berufen zu fühlen, und ihre Realisation schließlich doch zu verfehlen? Am Ende seines ersten Textes verweist Schönberger

---

<sup>2</sup> Christoph Schönberger: Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Heft 752, Berlin, Januar 2012, S. 1.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>4</sup> Vgl. Christoph Schönberger: Nochmals: Die deutsche Hegemonie, in: *Merkur*, Heft 764, Januar 2013, S. 25ff.

selbst auf diese Analogie: „Die Hegemonie in der Europäischen Union fordert von den deutschen Eliten und der deutschen Öffentlichkeit etwas, das Deutschlands Lage in der Mitte Europas von ihnen schon immer verlangt hat: den Verzicht auf nationale Introvertiertheit; die aufmerksame Kenntnis, Beobachtung und Beeinflussung der europäischen Nachbarn; die Definition der eigenen Interessen unter Einbeziehung der Interessenlage der Partner; das Voraus- und Mitdenken für Europa insgesamt.“ Die Pointe schließlich lautet: „Ein mentales und institutionelles Sich-Einkrümmen, ein selbstbezogenes Verwalten der eigenen Besitzstände... kann sich die Bundesrepublik nicht erlauben. Sie muss die Bürde der Hegemonie tragen, auch wenn sie diese schmerzhafter auf ihren Schultern spürt.“<sup>5</sup>

Damit meint er gewisslich nicht die Erträge, die das deutsche Kapital aus der Einführung des Euro und der Art und Weise der Integration innerhalb der EU in den vergangenen zwanzig Jahren gezogen hat, sondern die politische Herausforderung. Ulrike Guérot, die seit 2007 das Berliner Büro des *European Council on Foreign Relations* leitet, kommentierte in gleichem Sinne die Rede von Wolfgang Schäuble zur Entgegennahme des Karlspreises der Stadt Aachen 2012 mit der Feststellung: „Europa wird deutscher, Deutschland wird Hegemon Europas. Das muss nicht schlecht sein“, um dann ebenfalls zu folgern: „Deutschland muss nun Weitsicht und strategische Führungsqualitäten beweisen... Deutschland ist durch den Euro zur Weltmacht geworden. Trotzdem ist das Land dabei, ihn zu verspielen, weil es nicht versteht – oder nicht verstehen will –, dass der Euro in seiner Essenz politisch ist.“<sup>6</sup> Im Berliner *Tagesspiegel* wurde etwa zur selben Zeit ebenfalls das Spannungsverhältnis zwischen dem Ziel der Hegemonie und der Befürchtung, es zu verfehlen, zum Ausdruck gebracht: „So groß die Angst vor einer deutschen Hegemonie in Europa ist, so groß sind gleichzeitig die Erwartungen an Berlin, und die sind beileibe nicht nur finanzieller Art. Alle erwarten, dass Deutschland handelt, sowohl seine politische Führungsrolle in Europa als auch seine finanzielle Verantwortung für Europa wahrnimmt.“<sup>7</sup>

Derartige Einschätzungen zeigen dreierlei: (1) eine deutsche Hegemonie in Europa wird zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung für völlig normal gehalten und als Faktum, nicht als Ziel in den Blick genommen; (2) die wirtschaftliche Kraft Deutschlands wird als Grundlage seiner hegemonialen Stellung angesehen, die Herausforderung selbst jedoch als politische akzentuiert; (3) Einigkeit besteht darin, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise eine Veränderung dahingehend gebracht hat, dass Deutschland in diese dominierende machtpolitische Rolle eingerückt ist.

Gewiss, es gibt auch andere Stimmen in Deutschland. So gewann angesichts von Finanz- und Euro-Krise der Soziologe Ulrich Beck den Eindruck, dass das „europäische Deutschland“ in das Zentrum eines „deutschen Europas“ gerückt sei.<sup>8</sup> Sein Essay soll vor einer gefährlichen Entwicklung warnen, für Europa und für Deutschland. Beck scheut

---

<sup>5</sup> Christoph Schönberger: Hegemon wider Willen, a.a.O., S. 8.

<sup>6</sup> Deutschlandradio Kultur, 11. Juni 2012.

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1779725/>.

<sup>7</sup> Christoph Seils: Merkel und der Euro. Wann wird „Madame No“ weich? In: Der Tagesspiegel, Berlin, 25. Juni 2012.

<sup>8</sup> Ulrich Beck: Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise, Berlin: Suhrkamp-Verlag 2012. Die Benennung der Alternative zwischen einem „deutschen Europa“ und einem „europäischen Deutschland“ geht ursprünglich auf eine Rede Thomas Manns aus dem Jahre 1953 zurück. In der Nach-Wende-Zeit 1990ff. spielte die Forderung nach einem „europäischen Deutschland“ statt eines „deutschen Europas“ unter linken Kritikern der deutschen Vereinigung eine prominente Rolle. In der aktuellen Debatte hatte zuerst der britische Historiker Timothy Garton Ash auf die neue List der Geschichte verwiesen: „Heute aber erleben wir eine Variation, die nur wenige vorhergesehen haben: ein europäisches Deutschland in einem deutschen Europa.“ In: Der Spiegel, Heft 7/2012, S. 24.

sich nicht, über „Macht“ zu reden, wo andere von „Verantwortung“ sprechen und deutsche nationale Interessen gern hinter Schlagworten wie „Europa“, „Frieden“ oder „Stabilität“ zu verbergen suchen. Die EU hält er trotz aller Unvollkommenheiten für eine großartige Errungenschaft. Unter Verweis auf seine Modelle von „Risikogesellschaft“ und „Weltrisikogesellschaft“ macht er geltend, dass mit der Finanzkrise – analog zu Atomkraft und Klimawandel – ein „katastrophischer Konjunktiv“ in die Institutionen und den Alltag der Menschen eingebrochen ist, der sich aufgeladen mit „explosivem Nichtwissen“ um Verfassung und Regeln der Demokratie nicht schert, zugleich aber zum Handeln ruft. Technokratische Reaktionen, die ein Ende der Demokratie vorbereiten, werden mit dem Hinweis auf die drohende Katastrophe legitimiert, Opposition dagegen erstickt.

Aus diesem Prozess der Krisenbearbeitung ist ein machtpolitisch gestärktes Deutschland hervorgegangen. Dafür sieht Beck vier Komponenten: Deutschland als wirtschaftsmächtigstes Land der EU knüpft seine Kreditbereitschaft an die Bereitschaft der Schuldnerländer, seine Bedingungen zu erfüllen; Merkels zögerliche Politik verstärkt diesen Druck; Kriterium für Entscheidungen sind die Interessen Deutschlands; die „Sparpolitik“ wird als drastische Kürzung der Mittel für Renten, Bildung, Infrastruktur usw. in den Schuldnerländern umgesetzt. Die Realisation erfolgt unter Verweis auf Sachzwänge scheinbar unpolitisch, was den Aufstieg Deutschlands zur Hegemonialmacht in Europa zugleich vorantreibt und verdeckt.

Beck sieht hier einen zunächst unfreiwilligen und ungeplanten Vorgang, der von der Kanzlerin im weiteren Verlauf zunehmend bewusst und planmäßig betrieben wurde: „Der Aufstieg Deutschlands zur führenden Macht im 'deutschen Europa' ist nicht das Ergebnis eines geheimen, mit Taktik und Hinterlist entworfenen Masterplans. Er vollzog sich vielmehr – zumindest am Anfang – eher unfreiwillig und ungeplant, war ein Resultat der Finanzkrise und der Antizipation der Katastrophe. Im weiteren Verlauf, so lässt sich mit Blick auf die Abfolge der Ereignisse vermuten, begann jedoch ein Stadium der bewussteren Planung. Die Kanzlerin erkannte in der Krise ihre *occasione*, die 'Gunst der Stunde'. Mit einer Kombination aus *fortuna* und merkiavellistischer *virtù* gelang es ihr, die historische Gelegenheit zu nutzen und davon außen- wie innenpolitisch zu profitieren. Zwar formiert sich inzwischen auch eine Gegenfront derer, die der Ansicht sind, dass die schnell voranschreitende Europäisierung die Rechte des deutschen Parlaments missachtet und deshalb gegen das Grundgesetz verstößt. Doch selbst diese Bastionen des Widerspruchs versteht Merkel geschickt zu instrumentalisieren, indem sie sie einbaut in ihre Politik des Zähmens durch Zögern. Einmal mehr gewinnt sie in doppelter Hinsicht: mehr Macht in Europa und mehr Popularität im Innern, in der Gunst der deutschen Wähler.“<sup>9</sup> Die Motivation sieht Beck jedoch wesentlich in Merkels Streben nach Wiederwahl und verweist auf den Wunsch der Deutschen, als Geläuterte nunmehr „Lehrmeister und moralische Aufklärer Europas“<sup>10</sup> sein zu wollen. Dass es in der

---

<sup>9</sup> Ebenda, S. 52. Mit *occasione*, *fortuna* und *virtù* bezieht sich Beck auf Machiavellis Politikverständnis. *Virtù* ist der Inbegriff all dessen, was geeignet ist, Lebensfähigkeit und Stabilität des Gemeinwesens zu sichern; *fortuna* zwar der Begriff für die Zufälligkeit in der Geschichte, aber am Ende doch das Glück, im rechten Moment – *occasione* – das Richtige getan zu haben. Die Wortbildung „Merkiavellismus“ ist eine Beck'sche Erfindung. Dazu sagte er in einem Interview: „Angela Merkel hat eine Methode 'Merkiavelli' entwickelt, eine Verbindung zwischen Machiavellis und Merkels Machtpolitik. Ein charakteristisches Merkmal davon ist ihre Neigung zum Nicht-Handeln, Noch-nicht-Handeln, Später-Handeln, zum Zögern. In ihrem machtpokernden Spiel erfahren die auf Kredite angewiesenen Länder und Regierungen ihre Abhängigkeit von der Zustimmung Deutschlands und damit immer wieder aufs Neue ihre Ohnmacht.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Januar 2013, S. 25.) Siehe auch: Ders.: Merkiavellis Macht, in: Der Spiegel, Hamburg, Heft 41/2012, S. 50f.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 55.

letztlichen Konsequenz um eine neue geopolitische Position Deutschlands geht, kommt bei Beck trotz aller Machtkritik nicht vor. Als Alternative wünscht er sich einen neuen Gesellschaftsvertrag für Europa, der von unten, durch die Bürger getragen wird.

Dem steht die Annahme gegenüber: Die aktuelle Hegemoniedebatte ist Ausdruck des Denkens eines wichtigen Teils des deutschen Bürgertums, das den politischen Entscheidungsprozessen in diesem Lande zu großen Teilen gewiss nicht fernsteht. Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der Hamburger *Die Zeit* und deren Ressortchef für Politik, hatte bereits 2011 geschrieben: „Deutschland ist eine Mittelmacht, das heißt stärker als die meisten Länder in Europa, aber längst nicht so stark wie die USA oder heute China.“ Und weiter: „Bis zur Einheit und noch darüber hinaus lag es im deutschen Interesse, die eigene Stärke nicht zu zeigen, um nicht die historischen Vorbehalte zu mobilisieren. An diese Maxime hielt sich jede Regierung, auch die jetzige. Allein, so funktioniert es nicht mehr. Schon in der Finanzkrise, erst recht mit der europäischen Währungs- und Schuldenkrise, wurde von Deutschland als wirtschaftlich gesundester Macht Führung verlangt, und spätestens hier ließ sich die Stärke nicht mehr camouffieren. Damit aber verändert sich die Rolle Deutschlands insgesamt. Vom Bösewicht der Weltgeschichte hatte man sich zu Everybody's Darling emporgearbeitet, um nun in Europa zu etwas zu werden, was die USA lange Zeit für die Welt waren: die Nation, die alles regeln soll und die jeder hernach beschimpfen darf, wie sie es geregelt hat, einerseits Retter und andererseits Imperialist.“<sup>11</sup> Hier sind zusätzlich zwei Punkte interessant: Man vergleicht sich mit den USA und hat keine Skrupel, „Imperialist“ zu sein. In dieser ganzen Debatte ist zugleich die Wortwahl bemerkenswert: Es werden nahezu wortgleich Wendungen benutzt, wie sie in den 1990er Jahren in der ausufernden Debatte um den US-amerikanischen „Unilateralismus“ üblich waren.

Hans Kundnani vom *European Council on Foreign Relations* (London) stellte Ende 2011 in der Zeitschrift *Internationale Politik* ebenfalls fest: „Die Euro-Krise hat eine neue, bestimmende Bundesrepublik hervorgebracht. Die einstige Zivilmacht Deutschland wird zu einer geoökonomischen Macht.“ Bei der Erörterung dessen, was diese Charakterisierung bedeutet, bezieht er sich zunächst wieder auf den Nahen Osten (das Entscheidungsverhalten in Sachen Libyen-Resolution war noch frisch) und sieht eine „wachsende Spannung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes“. Dann meint er: „Nun mag ein Streben nach Schutz nicht mehr im Vordergrund stehen, sondern einer Definition nationalen Interesses vornehmlich in wirtschaftlicher Hinsicht gewichen sein. Trotzdem wird Deutschland sich nicht vollständig vom Westen trennen. Das Land wird sich weiterhin auf NATO (für Sicherheit) und EU (für Absatzmärkte) verlassen. Im geopolitischen Ganzen ist das Land gutmütig. Dennoch könnte die deutsche Wirtschaft ihrer Umgebung entwachsen sein. Die Nachbarn können nicht mehr mithalten, aber Deutschland ist auch nicht groß genug, um Hegemon zu sein. Eine neue geoökonomische Variante der deutschen Frage steht im Raum.“<sup>12</sup> Abgesehen davon, dass Kundnani stärker als andere Autoren bezweifelt, ob Deutschland dieser hegemonialen Rolle gewachsen ist, ist doch die Inhaltsbestimmung der „geoökonomischen Macht“ konzeptionell bedeutsam. Es ist eine Macht, die auf den globalen Markt, die Weltwirtschaft gerichtete Interessen hat, die vor allem wirtschaftlich gestützt sind. Die regionalen Einbindungen in Europa, einschließlich derer in die EU, wie auch die Beteiligung an der NATO oder das Agieren in der UNO und anderen internationalen Organisationen, die internationale Politik in einem politisch-

---

<sup>11</sup> Bernd Ulrich: Wofür Deutschland Krieg führen darf. Und muss, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag 2011, S. 64-66.

<sup>12</sup> Hans Kundnani: Paradoxon Deutschland. Eine geoökonomische Macht in der Zwickmühle, in: *Internationale Politik*, Berlin, Heft 6/2012, S. 62, 67.

diplomatischen Sinne sind Funktionen dieser Wirtschaftsinteressen.

Inzwischen ist das hegemoniale Selbstverständnis auch im Alltag des deutschen Feuilletons angekommen und wird nicht etwa in Frage gestellt, sondern als gegeben vorausgesetzt. So kommentierte der politische Journalist Dirk Kurbjuweit im *Spiegel* das Fußball-Endspiel in der Champions-League in London zwischen Borussia Dortmund und Bayern München so: „Auch gesellschaftlich sendet das Finale eine interessante Botschaft. Der Sieg in Wembley wird der erste internationale Erfolg eines neuen Männertypus in Deutschland sein.“ Die Spieler beider Mannschaften wirkten wie „ewige Jüngelchen“, „angepasste Typen“. „Männer vom alten, wilden Schlage braucht niemand mehr. So ist das auch in der Gesellschaft... Für den Rest Europas machen die netten Jungs aus Deutschland deren Dominanz halbwegs erträglich. Die Nachbarn müssen schon aushalten, dass Angela Merkel weitgehend die finanzpolitischen Richtlinien für die Euro-Zone vorgibt. Deutschland beherrscht den Kontinent ökonomisch – und nun auch noch im Fußball. Doch auf dem Platz regieren die Spieler auf überaus ansehnliche Weise, und es wird ihnen deshalb nicht übelgenommen. So ist das Finale wichtiger Teil einer deutschen Gesamtchoreographie.“<sup>13</sup> Mit anderen Worten: auch der Fußball soll dazu dienen, den anderen Völkern die deutsche Hegemonie zu verzuckern.

## **Eigenheiten der neuen deutschen Hegemonie**

Mit der Zuspitzung der Schulden- und Kürzungspolitik fanden in verschiedenen Ländern Demonstrationen statt, auf denen Angela Merkel mit Hitler-Bärtchen gezeigt oder ein „Viertes Reich“ angeprangert wurde. Der *Spiegel* machte hier wachsenden Hass aus und befragte dazu den britischen Historiker Brendan Simms. Der sagte zunächst: „Selbstverständlich ist es lächerlich, Merkel mit Hitler zu vergleichen. Dafür gibt es keine Entschuldigung. Aber ich unterscheide zwischen solchen Demonstrationen und dem durchaus relevanten Thema der deutschen Frage, die ein Teil der europäischen Frage ist.“ Auf die Einwendung, dass die militärische Macht Deutschlands aber recht begrenzt sei, entgegnete Simms: „Deutschlands Macht äußert sich nicht im militärischen Bereich. Es ist eher ein struktureller Machtzuwachs, der auf wirtschaftlicher Ebene klar erkennbar ist. Es gibt aber auch eine politisch völlig neue Situation. Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Deutschland nur von demokratischen Verbündeten umgeben, die dem Land wohlgesinnt sind. Aber das hat auch Deutschlands Gespür für Gefahren stumpf werden lassen. Die Weigerung, mit der Erweiterung der NATO fortzufahren, ernsthaft über eine russische Bedrohung nachzudenken oder bei der Libyen-Intervention mitzumachen – all das sind Symptome dieser Abstumpfung.“<sup>14</sup> Hier sind drei Problemfelder hervorzuheben:

**Erstens** das Problem der „deutschen Frage“. Schon am Beginn des 20. Jahrhunderts schien dies das deutsche Dilemma zu sein, ähnlich dem des alten Reiches bis zum Westfälischen Frieden von 1648: Deutschland größer und an Ressourcen reicher als jeder andere europäische Staat (abgesehen von Russland), aber schwächer als die anderen europäischen Staaten zusammen; vermeintlich zu groß, um sich einfach einzureihen in das alltägliche Gefüge; nicht groß genug, die anderen Staaten und Nationen in der Tat dominieren zu können. In diesem Sinne war die „deutsche Frage“ für die Deutschen immer die Frage ihrer Einheit – und war damit mit der staatlichen

---

<sup>13</sup> Dirk Kurbjuweit: Fußballrepublik Deutschland, in: Der Spiegel, Heft 21/2013, S. 131.

<sup>14</sup> Der Spiegel, Heft 15/2013, S. 98.

Vereinigung von 1990 nunmehr erledigt (daher das zuweilen auftretende Erstaunen – hier auch wieder der Frager in dem Interview mit Simms – angesichts der Betonung dieser Frage), für die anderen Staaten und Völker Europas aber die Frage nach dem Schutz vor Deutschland bzw. vor seiner Dominanz auf dem Kontinent.

Es gibt jedoch noch eine dritte Dimension der deutschen Frage, die Wilhelm Röpke nach dem zweiten Weltkrieg betont hatte. Die erste Auflage des Buches erschien bereits im Sommer 1945, wurde also in der Schlussphase des Krieges mit Blick auf das Nachkriegs-Europa geschrieben. Seine Grundannahme ist, dass eine europäische Friedensordnung die Lösung der deutschen Frage einschließen muss. Die stellt er allerdings anders, als es gemeinhin getan wird. Im Vorwort zur ersten Auflage schreibt Röpke: „Es ist die deutsche Frage, die bereits Generationen beschäftigt hat und nun durch den Nationalsozialismus und seinen Zusammenbruch in ihrer letzten und schärfsten Form aufgeworfen worden ist. Es ist das Rätsel, zu dem die große Nation inmitten Europas mehr und mehr seit Bismarck geworden ist.“<sup>15</sup> Die Naziherrschaft analysiert er als besonders verbrecherische Form totalitärer Machtausübung. Nach deren Zerschlagung gelte: „Die Zukunft Europas hängt davon ab, dass es endlich nach diesem Kriege gelingt, das zu erreichen, was drei Generationen bisher verfehlt haben, nämlich Deutschland wieder in Europa einzugliedern und so auf diesem organischen Wege der friedlichen Integration Europa gegen Deutschland wie Deutschland gegen sich selbst zu schützen. Wir wissen, dass Europa mit einem kranken Deutschland in seiner Mitte dem endgültigen Ruin ausgeliefert ist, und niemand kann sich darüber täuschen, dass Europa Deutschland nicht entbehren kann, wenn es sich heute in der Welt behaupten soll.“ (S. 15)

Unter dieser Perspektive musste die „Lösung“ der deutschen Frage darin bestehen, die innere Verfasstheit des Landes dauerhaft zu verändern, einzusehen, „dass die Deutschen nach dem fürchterlichen Zusammenbruch des Bismarckschen Werkes den Rock des Reiches wiederauftrennen und neu schneiden müssen“ (S. 109). In Bezug auf die historischen Wurzeln der deutschen Frage betont Röpke „mit dem stärksten Nachdruck..., dass das Dritte Reich tief verwurzelt ist in der deutschen Geschichte und dass es insbesondere das letzte katastrophale Ende jener verhängnisvollen Entwicklung ist, die mit der brutalen 'Einigung' Deutschlands durch Bismarck einsetzt“ (S. 131). In diesem Sinne unterscheidet Röpke in der deutschen Geschichte einen „deutschen Geschichtsstrom“, der durch ein Gleichgewicht von Zentralgewalt und regionalen Gliedern geprägt war (S. 163), und einen „preußischen Geschichtsstrom“, der durch Junkerherrschaft, eine schwach entwickelte Stadtentwicklung und den starken preußischen Staat charakterisiert war, gepaart mit Mangel an Zivilcourage und einem falschen Pflichtbewusstsein. Insofern hört nach Röpke 1866 Deutschland zu existieren auf, und an seine Stelle tritt „ein Großpreußen“ (S. 203), das dann 1871 zum Reich wird und den Rahmen für einen eigenartigen, raschen Prozess der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft abgibt. Es fand eine „Transformation des Deutschen im Bismarckreich“ statt (S. 217).

Röpke hält nach 1945 drei „Revolutionen“ für notwendig: eine moralische, eine politische und eine wirtschaftlich-soziale. Der Kern der politischen Revolution sollte die Auflösung des Bismarckreiches und die Schaffung einer Konföderation autonomer Länder auf der Grundlage einer gemeindlichen und regionalen Selbstverwaltung sein (S. 255), wobei „die politische Dezentralisierung und Entpreußung Deutschlands mit den Deutschen und nicht gegen sie“ durchgeführt werden sollte (S. 273). Dabei sollten die preußischen

---

<sup>15</sup> Wilhelm Röpke: Die deutsche Frage. Dritte veränderte und erweiterte Ausgabe, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch Verlag 1948, S. 7. Die folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Ausgabe.

Gebiete „nicht mehr als gleichen Rang mit Bayern, Hannover oder Württemberg haben“ (S. 330). Die Wirtschaft sollte als soziale Marktwirtschaft auf neuer Grundlage entwickelt werden.

Dieses Röpke'sche Programm ist mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, ihrem föderativen Aufbau und dem Grundgesetz realisiert und mit der deutschen Vereinigung 1990 auf ganz Deutschland erstreckt worden (auch wenn es in wirtschaftlicher und außenpolitischer Hinsicht viel einheitlicher ist, als Röpke vorschwebte).<sup>16</sup> Ganz in diesem Sinne hebt Simms zurecht hervor, dass Deutschland heute – im Unterschied zu allen Phasen im 19. und bis Mitte des 20. Jahrhunderts – zum ersten Mal in seiner Geschichte „nur von demokratischen Verbündeten umgeben (ist), die dem Land wohlgesinnt sind“. Und dieser Zustand ist in der und mit der Europäischen Union institutionalisiert. So existiert die deutsche Frage, wie Röpke sie stellte, nicht mehr. Aber damit ist sie in dem ursprünglichen Sinne, wie sie sich für die anderen Europäer stellt, dennoch nicht gelöst. Mit anderen Worten: auch unter der Voraussetzung parlamentarisch-demokratischer Verfassungsordnungen, des Schutzes der Grundrechte und des bürgerlichen Rechtsstaates in Deutschland wie in den europäischen Nachbarstaaten steht die deutsche Frage wieder neu als Frage nach einer deutschen Dominanz oder Hegemonie in Europa. Sie ist nun aber vor allem von der ökonomischen und politischen Verfasstheit der EU abhängig.

**Zweitens** das Verhältnis von Militärischem und Politischem. Simms kritisiert die fehlende Bereitschaft deutscher Politik, die NATO rasch weiter auszudehnen – gemeint sind ein baldiger Beitritt der Ukraine und Georgiens, dem sich Deutschland bereits 2008 versagt hatte – und Russland als Bedrohung anzusehen. Polemisch könnte man sagen: Die Frage, russische Rohstoffe mittels deutscher Truppen zu erlangen, ist vor Stalingrad abschließend beantwortet worden. Für eine geoökonomische Macht mit globalen Interessen ist eine dauerhafte und stabile Partnerschaft mit Russland viel günstiger, als militärische Abenteuer. Die Nichtbeteiligung am Libyen-Krieg passt in dieses Bild – gemeint ist allerdings die direkte Beteiligung an dem Krieg mit deutschen Truppen; im Rahmen der NATO-Kommandostruktur und bei der Unterstützung der NATO-Truppen mit Munition und Nachschub war Deutschland durchaus beteiligt. Dennoch sollte man auf der symbolischen Ebene der Politik diese Nichtbeteiligung und die Enthaltung in der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat nicht unterschätzen.

Nicht nur in Teilen der deutschen politischen Klasse, auch bei Beobachtern, die die deutsche Politik unter einer angelsächsischen Perspektive betrachten (und da ist Simms kein Einzelfall), wird beides nach wie vor moniert und nach größeren Zusammenhängen gefragt. Vieles wird an Bundeskanzlerin Merkel festgemacht. Zu den Besonderheiten des Bundestagswahlkampfes 2013 gehört eine anschwellende Welle von Büchern, die das „Phänomen“ dieser Kanzlerin enttarnen wollen. Eines davon stammt aus der Feder der irischen Journalistin Judy Dempsey, die in Berlin lebt, Merkels Politik seit längerem aufmerksam verfolgt und jetzt vor allem für die US-amerikanische Carnegie-Stiftung und die *International Herald Tribune* arbeitet, die sich wiederum als die „globale Ausgabe“ der *New York Times* versteht.

Auch für Dempsey gilt Merkel als „Phänomen“, wie es bereits im Titel heißt. Der Untertitel jedoch lautet: „Deutschlands Macht und Möglichkeiten“. Spätestens am Schluss, wenn man das Buch zuende gelesen hat, stellt man fest, dass Dempsey im Grunde nicht über Merkel, sondern über dieses jetzige Deutschland geschrieben hat – die

---

<sup>16</sup> Zu den Unterschieden zwischen der BRD (sowie der DDR) bzw. dem vereinigten Deutschland und dem vorherigen Deutschland siehe: Erhard Crome: DDR-Perzeptionen. Kontext und Zugangsmuster, in: Berliner Debatte Initial, Heft 2-3/1998, S. 47-49.

tatsächliche Entwicklung und Politik, die die herrschenden Kräfte dieses Landes durchgesetzt haben.<sup>17</sup> Am Ende heißt es fragend: „Ist es möglich, eine Frau wie Merkel zu verstehen? Die Antwort auf diese Frage fällt ebenso wenig eindeutig aus wie die Frage, ob es möglich ist, Deutschland zu verstehen. Angela Merkel ist eine kluge, mächtige, von tiefen Widersprüchen geprägte Frau, die vieles erreicht und noch mehr hat liegen lassen. Sie passt zu Deutschland, diesem Land, das sich seiner Geschichte, seiner Zukunft und seiner Rolle in der Welt, seiner Macht und seiner Möglichkeiten immer wieder vergewissern muss.“ (S. 190) Wie bei Simms, der von mangelndem Gespür und Abstumpfung sprach, wird auch hier von fehlenden Perzeptions- oder Verständnisfragen geredet und nicht angenommen, dass es um eine von den USA oder Großbritannien zu unterscheidende Lageeinschätzung und Interessenwahrnehmung geht.

Was aber, wenn diese „Vergewisserung“ hinter dem Rücken des Auslands und der hiesigen Bevölkerung längst erfolgt ist? Dempsey beschreibt in ihrem Buch Politikfelder und Gegenstandsbereiche, so die Europapolitik, das Verhältnis zu den USA, Deutschlands Ostpolitik, das Verhältnis zu Israel, ein angeblich gestörtes Verhältnis zum Militär, innenpolitisches Versagen in der Integrations- und Familienpolitik, Merkels Energiewende und schließlich den anhaltenden außenpolitischen Konflikt „zwischen Interessen und Werten“. Überall wird Merkel unterstellt, sie zögere – nur in einer Sondersituation, wie sie mit Fukushima vorlag, läuft sie plötzlich und unerwartet zu großer Entscheidungsform auf, die Chancen jedoch würden ungenutzt bleiben.

Aber ist denn dies eine zutreffende Tatsachenbeschreibung? Im ersten Kapitel geht es um eine „Europapolitik ohne Leidenschaft“. Die Autorin stellt richtig fest: „Tatsächlich hat die Euro-Krise die Verhältnisse in Europa umgestürzt. Deutschland ist zur Vormacht aufgestiegen: von Berlins Ja oder Nein hängt das wirtschaftliche Überleben der Krisenstaaten ab.“ (S. 13) Dann aber meint Dempsey, Merkel habe „eine technokratische, fast ahistorische Sicht auf die Europäische Union“, die sie mit Merkels Herkunft aus der DDR erklärt; deshalb habe sie keine „emotionale Bindung an das europäische Projekt“ (S. 26). „Der Reflex zur Solidarität in Europa scheint ihr fremd zu sein. Sie wird vom politisch Notwendigen getrieben und lässt sich nicht von Mitgefühl leiten.“ (S. 29) Wenn General Motors das Opel-Werk in Bochum schließt, geht es auch nicht um Mitgefühl. Insofern hat das alles mit der DDR-Biographie nichts zu tun, wohl aber mit dem Charakter der EU: entweder ist sie ein Solidarverbund der europäischen Staaten und Völker oder es geht um die Vormacht Deutschlands in diesem Gefüge. Beides gleichzeitig geht nicht. Und Merkel dient letzterem.

Im USA-Kapitel nennt Dempsey die Vereinigten Staaten den „ungeliebten großen Freund“ (S. 38) und schreibt: „Einer der rätselhaftesten Aspekte deutscher Außenpolitik ist das Fehlen jeglichen strategischen Denkens in Bezug auf die Weltmacht Nummer eins, die Vereinigten Staaten von Amerika“. Auch dies weist sie dann wieder Merkel zu: „Warum lässt Angela Merkel zu, dass sich dieses wichtige Verhältnis immer mehr abkühlt?“ Hier wird wiederum etwas personalisiert, das eigentlich im Charakter der heutigen Verhältnisse begründet liegt. Aus Sicht der heute in diesem Lande herrschenden Kräfte liegt die strategische Zukunft Deutschlands augenscheinlich gerade nicht in einem engen „Bündnis“ mit den USA, sondern in der Distanz zu dem zu erwartenden Scheitern einer gewaltförmigen Weltpolitik, wie sie die USA verkörpern. Dempsey beschreibt zutreffend die strategischen Rohstoffabkommen, die Deutschland unter Merkel u.a. mit China, der Mongolei, Kasachstan und anderen Ländern

---

<sup>17</sup> Judy Dempsey: Das Phänomen Merkel. Deutschlands Macht und Möglichkeiten, Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2013. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe.

abgeschlossen hat. Genau das entspricht den Interessen einer „geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen“, wie oben bereits in Bezug auf Russland betont. Die hat man nicht als Junior-Partner einer absteigenden Weltmacht – große Mächte, und das gilt inzwischen auch wieder für Deutschland, haben keine Freunde, sondern nur Interessen. Das schließt – dies nur nebenbei – das Interesse an einer transatlantischen Freihandelszone nicht aus, würden doch die USA dann auch einem überstaatlichen Regime unterworfen.

Am Ende dieses Kapitels meint Dempsey: „Sollte die Regierung Merkel allerdings tatsächlich der Meinung sein, mit den transatlantischen Beziehungen sei alles in Ordnung, dann belügt sie sich selbst. Die einzige andere Erklärung ist, dass die Kanzlerin und ihre Minister nicht verstanden haben, welche Auswirkungen die geostrategischen Veränderungen der letzten Jahre auf Europa haben werden.“ (S. 64) Die Antwort auf diese Mutmaßungen müsste wahrscheinlich heißen: Den politischen Entscheidungsträgern in Berlin ist bewusst, dass mit den „transatlantischen Beziehungen“ nicht alles in Ordnung ist; die USA neigen weiter dazu, unberechenbare Kriege mit katastrophalem Ausgang zu führen, Spannungen anzuzetteln und Unsicherheiten in der internationalen Politik zu schaffen. Als geo-ökonomische Macht, deren Interessen vor allem in Europa und Asien liegen, hat man dagegen Interessen, die auf Ausgleich und Berechenbarkeit zielen. Da aber Deutschland nun mal in der NATO und in diesem „transatlantischen Verbund“ ist, gilt es, der Vormacht – solange sie das ist – keinen Vorwand zu machtpolitischen Demonstrationen gegen die eigenen Positionen zu liefern, diese ruhig zu stellen, und ansonsten die eigenen Interessen zu verfolgen. So erklärt sich denn auch die von Dempsey wiederholt monierte Zurückhaltung Deutschlands bei der Beschimpfung Chinas und Russlands, nicht zuletzt unter dem Vorwand der Menschenrechte.

Schließlich kommt die Autorin in Sachen Merkel zu dem Schluss: „In ihrer Zeit als Kanzlerin hat es keine Standortbestimmung für Deutschlands Platz in der Welt gegeben.“ (S. 188) Was aber, wenn der heutige Standort die Standortbestimmung ist? Deutschland hat zwei Weltkriege geführt, um Beherrscher Europas zu werden, und beide verloren. Jetzt ist faktisch – wenn auch mit Einschränkungen – Hegemon. Die USA bestanden darauf, dass Deutschland bei seiner Vereinigung 1990 in der NATO bleibt, um es weiter kontrollieren zu können. Jetzt spielt die NATO im Verhältnis beider nicht mehr diese Rolle, soll jedoch auf Grundlage wechselseitiger Interessen beibehalten werden. Theo Sommer, fast zwanzig Jahre lang Chefredakteur der Hamburger *Die Zeit* und seit Jahrzehnten mit Außen- und Verteidigungspolitik befasst, plädiert für eine andere NATO, in der Europa, sprich Deutschland eine veränderte, größere Rolle spielt: „Das Zeitalter der Kreuzzüge ist zu Ende. Als rein militärische Organisation hat die NATO keine Zukunft mehr. Wenn sie nicht dahinwelken will..., muss sie wieder mehr werden als eine Militärallianz, nämlich ein in ihrem Wesenskern politischer Verbund. Dazu können und müssen die Europäer einen entscheidenden Beitrag leisten.“<sup>18</sup>

Es wäre unklug für eine deutsche Regierung, die die Interessen der geo-ökonomischen Macht umsetzt, offen zu sagen: wir wollen die EU hegemonial dominieren, uns von den USA nichts mehr vorschreiben lassen, mit China, Russland und allen anderen großen Mächten auf gleicher Augenhöhe reden und weltweit unsere Geschäfte machen. Deshalb wird okkasionell, je nach Ort und Zeit das Angebrachte gesagt, aber nicht, dass die deutsche Weltgeltung der eigentliche Zielpunkt ist. Auch das Militärische – selbst bei

---

<sup>18</sup> Theo Sommer: Diese NATO hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden, Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2012, S. 114.

Umbau der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“<sup>19</sup> – ist den geo-ökonomischen Interessen beigeordnet und kein Zweck an sich. Soziologen wissen, dass die Fragen weithin die Antworten bestimmen. Judy Dempsey hat die falschen Fragen gestellt.

**Drittens** das Verhältnis von Bruch und Kontinuität. Noch einmal mit den Worten von Simms: „Zwar taugen weder die Pickelhaube noch Schnurrbärte als Attribute für heutige Politiker. Und auch wenn ich die deutsche Außenpolitik kritisch sehe, bewundere ich Angela Merkels Gleichmut gegenüber Leuten, die sie als Diktatorin verunglimpfen. Aber wenn die Deutschen der Meinung sind, dass in Europa immer ein souveränes Deutschland existieren muss, gibt es durchaus Argumente für eine Strategie der Machterhaltung, die dem Kaiserreich ähnlich ist: Bündnispartner finden und verhindern, dass sich feindliche Allianzen bilden.“<sup>20</sup>

Die Annahme aus der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Vereinigung, ein „europäisches Deutschland“ zu schaffen, um ein „deutsches Europa“ zu verhindern, hat sich als Illusion erwiesen. Wir haben es zwei Jahrzehnte später mit einem „europäischen Deutschland“ in einem „deutschen Europa“ zu tun. Offensichtlich war die Schaffung des letzteren nur möglich, weil es ein „europäisches“, demokratisches, offenes Land ist. Das heißt der Bruch mit Pickelhaube, Schnurrbärten, lärmender Militärpolitik, die Tatsache, dass Deutschland heute ein „normales“ bürgerliches Land ist, wie andere Länder in Westeuropa und Nordamerika auch, das alles sind Voraussetzungen für die heutige deutsche Hegemonie. Genau deshalb sind die netten Fußballer Teil dieser „deutschen Gesamtchoreographie“. Aber um Hegemonie geht es. Das ist die Kontinuitätslinie.

## Zum historischen Hintergrund

Das ist der Punkt, an dem Schönberger sich naiv stellt und meint: „Ebenso unzutreffend wie unvermeidlich war wohl, dass eingewandt wurde, der Autor stelle sich in die Tradition deutscher Vormachtsansprüche...“<sup>21</sup> Er leugnet die Kontinuität schlichtweg.

Deren Hervorhebung bedarf allerdings genauerer Betrachtung. Zum 22. Juni 1941, an dem Hitlerdeutschland und seine Satelliten die Sowjetunion überfielen, hatten die Deutschen alles an Truppen zusammengezogen, was sie nicht für Besatzungszwecke in anderen Teilen Europas für unabkömmlich hielten. Zum Überfall waren 5,5 Millionen Mann, über 47.000 Geschütze und Granatwerfer, 4.300 Panzer und Sturmgeschütze und etwa 5.000 Kampfflugzeuge bereitgestellt worden. Die 153 deutschen Divisionen wurden von größeren Verbänden Italiens, Rumäniens, Finnlands, Ungarns und der Slowakei unterstützt. Das war die größte Aggressionsarmee, die es bis dahin in der Weltgeschichte gegeben hatte.

Die Militärgeschichtler haben Zahlen und Fakten mehrfach hin- und hergewendet, Kriegsplanungen und -verläufe analysiert. Im hier zu erörternden Zusammenhang jedoch geht es um die Frage, wie die Deutschen überhaupt auf die Idee kommen konnten, Russland oder die Sowjetunion besiegen zu können. Den ersten Weltkrieg hatten die Deutschen verloren. In einem Ermattungskrieg, weil sie den raschen Bewegungskrieg,

---

<sup>19</sup> Vgl. Maybritt Brehm, Christian Koch, Werner Ruf, Peter Strutynski: Armee im Einsatz. 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr, Hamburg: VSA Verlag 2012.

<sup>20</sup> Der Spiegel, Heft 15/2013, S. 100.

<sup>21</sup> Christoph Schönberger: Nochmals: Die deutsche Hegemonie, a.a.O., S. 25. Hier bezieht er sich u.a. auf meinen Text, den ich zu diesem Thema veröffentlicht hatte: Erhard Crome: Deutschland in Europa. Eine neue deutsche Hegemoniedebatte, in: WeltTrends, Potsdam, Heft 86. September/Oktober 2012, S. 62.

den sie geplant hatten, nicht führen konnten. In dem Maße, wie der Blitzkrieg zur raschen Eroberung von Paris gescheitert war, und sich die Front vor Verdun festfraß und ungläubliche Opfer kostete, erfanden die Deutschen bereits im ersten Weltkrieg alle Kriegsverbrechen, die im 20. Jahrhundert eine Rolle spielen sollten: den Einsatz von Giftgas – also einer Massenvernichtungswaffe – in den Schützengräben, den Bombenkrieg gegen London, zunächst mit Luftschiffen, dann mit Flugzeugen, den U-Boot-Krieg zwecks Versenkung von Handelsschiffen.

Nach der Niederlage von 1918 kamen verschiedene Faktoren auf unselige Weise zusammen: der Generalstab bereitete den Revanchekrieg militärisch vor, die „Dolchstoßlegende“ schob die Verantwortung für die Niederlage der Arbeiterbewegung und den demokratischen Parteien zu, Rassismus und Antisemitismus ordneten diese Niederlage in eine gegen Deutschland gerichtete Weltverschwörung ein. Hitler, der zunächst von der Reichswehr als Volksredner engagiert worden war, schuf mit der Nazi-Partei und dann dem NS-Staat die Bedingungen für den Revanchekrieg: die Arbeiterparteien und Gewerkschaften wurden verboten, ihre Aktivisten umgebracht bzw. in Lager gesperrt, die Rechte der Weimarer Verfassung wurden aufgehoben, die Wehrmacht kriegsfähig gemacht, die Wirtschaft auf Kriegszwecke ausgerichtet und die rassistische Ideologie sollte die geistigen Grundlagen schaffen. Die geistig und materiell entwurzelten Männer, die aus dem ersten Weltkrieg zurückgekommen waren, und die jüngeren, die das Fiasko des Reiches miterlebt hatten, boten die Grundlage dafür, dass die Nazis eine Massenbewegung in Deutschland sein konnten.

Vor diesem Hintergrund, der „Sieg“ seit dem „Anschluss“ Österreichs, der Zerschlagung der Tschechoslowakei und dem Überfall auf Polen 1939 wurde die Entscheidung getroffen, 1941 die Sowjetunion zu überfallen, obwohl der Krieg gegen Großbritannien nicht beendet war. Erinnerungswürdig waren der Nazi-Führung wie den deutschen Militärs, wie deutsche Truppen 1918 noch riesige Teile Russlands besetzt hatten. Das, meinten sie, könnte wiederholt werden. Die Deutschen seien ohnehin überlegen, und da nun nicht mehr kaiserliche Beamte, sondern Kommunisten Russland regierten, müsste es noch schwächer sein als im ersten Weltkrieg. Im Juni 1941 kamen weder Hitler noch seine Generäle auf die Idee, dass man die Sowjetunion nicht durch einen Blitzfeldzug niederwerfen könnte. Doch auch nach der Eroberung eines großen Teils des europäischen Kontinents und der Verwandlung der nicht besetzten Länder in abhängige, hätte ein Blick auf die Weltkarte, die harten Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten und die Verteilung der Ressourcen in der Welt zeigen müssen, dass Deutschland auch einen zweiten Ermattungskrieg gegen das – 1941 nach wie vor bestehende – britische Weltreich, die USA und die Sowjetunion zusammen genommen nicht gewinnen konnte. Der aus Ungarn stammende US-Historiker John Lukács verwies in diesem Zusammenhang auf einen Ausspruch Bismarcks: „Russland ist nie so stark oder so schwach, wie es scheint.“<sup>22</sup> Der 9. Mai 1945 war die Konsequenz des 22. Juni 1941.

Noch weitreichender als die Frage, wie die herrschenden Kräfte Deutschlands 1914 und 1939 bzw. 1941 auf die Idee kommen konnten, Europa militärisch erobern zu können, ist die, was die Deutschen mit ihren Kriegen des 20. Jahrhunderts tatsächlich bezweckten. Heinrich Mann schrieb am Ende des zweiten Weltkrieges, allerdings rückwärts, auf den Krieg von 1870/71 projiziert: „die militärischen Auseinandersetzungen mächtiger Nationen sind vergeblich, sie entscheiden nichts, da immer dieselben, wenigen Gegner, soweit man zurückdenkt, aufeinanderstoßen. Die Kriege in Europa hatten bisher – nur bis

---

<sup>22</sup> John Lukács: Die Geschichte geht weiter. Das Ende des 20. Jahrhunderts und die Wiederkehr des Nationalismus, München: Wilhelm Heyne Verlag 1996, S. 92.

auf uns – einen begrenzten, einmaligen Zweck, – der auch anders zu erreichen war.“ Mann’s Einschränkung „nur bis auf uns“ verwies auf das Problem: Die von Deutschland angezettelten beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts fallen heraus aus der gemeinten Reihung. „Der Anzettler und Führer des letzten Rückfalles der Deutschen in ihre Angriffskriege... hat den vorigen Angriffskrieg noch überboten mit einem zweiten, der nichts mehr zu beweisen hatte. Bewiesen war, dass Deutschland nicht siegen kann... In dem trostlosen Bewusstsein, dass er, um es mit Europa aufzunehmen, weder der Stärkere noch der Berufene sei, hat Hitler... zu der Auskunft der Verzweiflung gegriffen. Blitzkrieg – ist das Eingeständnis, man könne nur mit einem Tag Vorsprung an das Ziel kommen, dann nie wieder. Totaler Krieg – heißt deutlich, dass die lebenden Nationen niemals wirklich besiegt sind: man muss sie umbringen. Verzweifelte Betrüger allein gehen sogar in einen Krieg, der eine äußerste Erprobung ihres Volkes sein soll, mit lauter Lügen. Aber Herrenvolk, Lebensraum, Geopolitik und jeder andere Schwindel sind verspätete Antworten auf das eine machtvolle Wort, das Europa einst wirklich erobert hat: Freiheit.“<sup>23</sup> Die Idee der Unfreiheit hat die geistige Leere des deutschen Eroberungsdranges nicht füllen können, 1939 noch weniger als 1914.

Zu einer derartigen Bewertung kamen auch Historiker, etwa der westdeutsche Ludwig Dehio. Er verwies 1952 darauf, dass Deutschland im ersten Weltkrieg keine handlungsleitende Idee hatte, auf die es sich zum Zwecke der Kriegsführung ideologisch hätte berufen können, „wie einst die spanische dank der Gegenreformation, dann die französische dank der Revolution, jetzt die angelsächsische dank des freien insularen Menschentums, bald die russische dank des Kommunismus. Deutschland verfügte über keinen vergleichbaren ostensiblen Missionsauftrag an die Menschheit schlechthin.“<sup>24</sup> Auch die Kriegsziele waren nicht wirklich klar. Zurecht wird in textanalytischen Arbeiten darauf verwiesen, wie bereits die Kriegszieldebatten Deutschlands im ersten Weltkrieg völlig maßlos waren und immer maßloser wurden. Nur: diese Debatten wurden wesentlich nach Ausbruch des Krieges geführt. Zuerst hatte der Kaiser das Land in den Krieg manövriert, und danach wurde in den unterschiedlichen Kreisen der herrschenden Klassen, die alle die Reichsleitung beeinflussen wollten, debattiert, was man mit diesem Krieg eigentlich erreichen wollte.

Vergleichende Betrachtungen von Reden und Texten von Wissenschaftlern, Publizisten, Politikern, Wirtschaftsverbänden, zum Teil seit Mitte des 19. Jahrhunderts (zitiert wird gern Friedrich List), lassen eine bestimmte Kontinuität von Überlegungen zum Platz Deutschlands in der Welt und in Europa, zu veränderten Raumordnungen auf der Grundlage von Eroberungen usw. deutlich sichtbar werden. Einschlägige Textsammlungen zielen auf den Nachweis ununterbrochener Abfolge.<sup>25</sup> In neuerer Zeit hat sich der Historiker Sönke Neitzel in seiner Habilitationsschrift mit diesem Thema befasst, das er unter einer vor allem Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die USA vergleichenden Perspektive „Weltreichslehre“ genannt hat. Gemeinhin galten am Anfang des 20. Jahrhunderts Großbritannien (mit seinem Kolonialreich), die USA und Russland als Weltreiche, während in Deutschland diskutiert wurde, denen gegenüber nicht gleichberechtigt und nicht ebenbürtig zu sein, obwohl es seinerzeit militärisch und

---

<sup>23</sup> Heinrich Mann: Ein Zeitalter wird besichtigt, Berlin: Aufbau Verlag 1947, S. 9, 28.

<sup>24</sup> Ludwig Dehio: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main und Hamburg: Fischer Bücherei 1961, S. 83. Der Band enthält sechs Essays, die zwischen 1952 und 1955 geschrieben wurden.

<sup>25</sup> Genannt seien: Wolfgang Schumann, Ludwig Nestler (Hrsg.): Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1975; Reinhard Opitz (Hrsg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1977.

wirtschaftlich eines der führenden Länder war. „Für die Anhänger der Weltreichslehre war die politische Lage am Ende des 19. Jahrhunderts eindeutig. Nach den Gesetzmäßigkeiten des weithin akzeptierten Sozialdarwinismus konnte Deutschland unmöglich im Zustand der späten Bismarckzeit verharren. Die offensichtliche Überlegenheit der drei Weltreiche musste über kurz oder lang zum eigenen Untergang führen... Ohne Raumerweiterung... werde das deutsche Volk von den Weltvölkern zerquetscht oder an innerer Fäulnis zugrunde gehen.“<sup>26</sup> Vor diesem Hintergrund wurden der Erwerb überseeischer Kolonien und eine Machterweiterung in Mitteleuropa diskutiert, wobei letztere zwei Varianten hatte: eine Kontinentalexpansion mittels weiträumiger Annexionen bzw. die Schaffung eines mitteleuropäischen Zusammenschlusses auf wirtschaftlicher Ebene.

Neitzel hat jedoch eine Denkrichtung analysiert, nicht deren Relevanz für die gemachte Politik. In diesem Sinne stellt er fest: „Die weit ausufernde Kontinentalexpansion Deutschlands war eine extreme Form der Machtausdehnung, die in der Publizistik wie in der Politik ihrer Zeit kaum Befürworter fand.“ Resümierend heißt es dann: „In der Publizistik hatte die Weltreichslehre ab 1906 nur eine untergeordnete Bedeutung. Ihre Gedanken wurden aber in der Diskussion gehalten und stellten einen Vorgriff auf die Kriegszieldiskussionen des Ersten Weltkrieges dar.“<sup>27</sup> In diesem Sinne kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Weltreichsvorstellungen von Anfang des 20. Jahrhunderts das Konzept für die Herbeiführung des ersten Weltkrieges lieferten, sondern sie boten nach dessen Anzettelung, bei der der deutsche Kaiser und die Reichsregierung eine zentrale Rolle spielten, die Folie, auf der sich ausufernde Kriegszieldebatten austoben konnten.

Vor diesem Hintergrund ist noch einmal auf Ludwig Dehio zurückzukommen. Den „Begriff des Hegemonialkampfes“ nannte er einen „Leitbegriff“. Nur so ließen sich die beiden Weltkriege der Deutschen im 20. Jahrhundert richtig einordnen: Sie zeigen „aufs höchste gesteigert die wohlbekannten Familienzüge jener europäischen Hauptkriege, wie sie bezeichnet werden durch die Namen Karls V. und Philipps II., Ludwigs XIV. und Napoleons I.“<sup>28</sup> So forderte er den Verzicht auf Deutungen, „die das deutsche Geschehen unserer Epoche einfach aus deutscher Wurzel emporwachsen sehen mit der Zielstrebigkeit eines Baumes, ohne die Verflechtung dieses Geschehens mit der Umwelt dauernd im Auge zu behalten“ (S. 10). Wer die in dem vergangenen Vierteljahrhundert erschienenen Arbeiten britischer und US-amerikanischer Historiker, die sich mit diesem Problemkomplex befassen, kennt (genannt seien nur Paul Kennedy, John Lukács, John Keegan und Niall Ferguson), für den ist diese Sichtweise Dehios selbstverständlich. Kennedys *Aufstieg und Fall der großen Mächte* (1987) arbeitet gewissermaßen Dehios Liste gescheiterter Hegemonialkriege, beginnend mit Karl V., ab und schreibt sie fort bis zum Niedergang der Macht der Sowjetunion und der USA, von dem Dehio 35 Jahre zuvor noch nichts wissen konnte.

Im Nachkriegs-(west-)deutschland wurde dessen Ansatz jedoch bekämpft; er hatte ihn bereits mit seinem ersten Buch nach dem zweiten Weltkrieg – *Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte* (1948) – entwickelt und in die Debatte gebracht. Damit war aber Hitlerdeutschland mit seinem Versuch der Eroberung des Kontinents nicht nur in die weitere Geschichte Europas eingeordnet, sondern es war auch kein „Betriebsunfall“ der deutschen

---

<sup>26</sup> Sönke Neitzel: *Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh 2000, S. 117.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 126f., 210.

<sup>28</sup> Ludwig Dehio: *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, S. 9. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe.

Geschichte, wie viele Zeitgenossen damals meinten, sondern Teil einer preußisch-deutschen Kontinuität. Mit dieser Sicht auf den deutschen Imperialismus und Militarismus hatte Dehio zugleich Positionen vorweggenommen, die dann von Fritz Fischer empirisch untermauert und breiter ausgearbeitet worden waren und zur sogenannten *Fischer-Kontroverse* (seit Anfang der 1960er Jahre) geführt hatten.

In einer Zeit, da in Deutschland wieder diskutiert wird, wie das vereinigte Land als „Hegemon wider Willen“ über Europa schwebt und als „geoökonomische Macht“ längst globale Interessen verfolgt, gewinnen Dehios Beiträge zur Hegemoniefrage und zu den Debatten vor dem ersten Weltkrieg eine eigenartige Aktualität. Er nannte es die „preußische Methode“, durch systematische Rüstung die eigene Machtentfaltung zu entwickeln. In diesem Sinne war die Rüstung zur See seit Ende des 19. Jahrhunderts der Versuch, „aus der europäischen Enge hinaus in das erhoffte Weltgleichgewichtssystem einzudringen, so wie einst Preußen eingedrungen war in das europäische Gleichgewichtssystem“ (S. 12). Ein „Weltgleichgewicht zur See“ werde das europäische Gleichgewicht ablösen (S. 44). Ziel des modernen Imperialismus, hier zitiert Dehio den Historiker Otto Hintze (1907), sei es nicht, ein Weltreich nach dem Muster des Römischen Reiches zu schaffen, sondern eine Anzahl von Weltstaaten nebeneinander, ähnlich dem „Gleichgewicht der Mächte im alten europäischen Staatensystem“. (Hier finden denn auch die von Neitzel untersuchten Weltreichskonzepte ihre Einordnung.) Es werde von „der Energie der wirtschaftlichen und politischen Betätigung“ abhängen, „welche Mächte sich in ihm als Großmächte der Zukunft behaupten werden“. Deutschland strebe „nicht nach Weltherrschaft, wohl aber nach Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes in einem solchen Weltstaatensystem der Zukunft“ (S. 45).

Das aber hätte bedeutet, Großbritannien „aus seiner Stellung als Bürge des bisherigen Gleichgewichtssystems“ in Europa hinauszudrängen und „in der Welt aus seiner Stellung als Inhaber der Seemacht“ (S. 12). Es ging also nicht darum, „durch die Seerüstung zu verteidigen, was wir besaßen, sondern mit ihrer Hilfe friedlich zu erringen, was wir besitzen wollten: Weltmacht“ (S. 69). Während der deutsche Imperialismus also danach strebte, „an der englischen Weltseehegemonie vorbei“ zu „einer Weltmacht neben anderen“ zu werden, drängte Britannien Deutschland „in die isolierte Stellung eines potentiellen Bewerbers um die europäische Hegemonie“. Das bedeutete: „So bekämpfte jeder der Rivalen unter Berufung auf das Gleichgewicht die hegemoniale Stellung des anderen, nur dass jeder unter Hegemonie und Gleichgewicht etwas gänzlich Verschiedenes verstand.“ (S. 13)

In der Tradition Rankes wurde Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland diskutiert, dass 100 Jahre zuvor die Überordnung Frankreichs über Europa abgelöst wurde durch die Wiederherstellung des „Konzerts gleichberechtigter Großmächte“. Mit dem Aufschwung Deutschlands verband sich die Vorstellung des Abstiegs Großbritanniens, der durch den Flottenbau beschleunigt werden würde; der versprach „dabei mitzuwirken, die englische Seehegemonie durch ein Weltstaatensystem zu verdrängen“. Von dem wiederum sollten auch die anderen konkurrierenden Mächte, wie Russland, die USA, Japan und die Türkei profitieren (S. 40). Das Vorhandensein so vieler Rivalen würde Großbritannien in einem Maße belasten, dass es auch dann, wenn es einen Rivalen niederwerfen würde, der Seehegemonie verlustig gehen werde (S. 40/41). Die ursprüngliche Idee der deutschen Seerüstung also war, das Kräfteverhältnis so zu verändern, dass sich Großbritannien ohne Krieg aus seinen globalen Schlüsselpositionen verdrängen lässt; das Ergebnis aber war eine militärische Einkreisung Deutschlands in Europa. Meinte man, die mit Großbritannien konkurrierenden Mächte in der Weltauseinandersetzung auf die eigene Seite ziehen zu können, so standen sie in ihrer überwiegenden Mehrheit im ersten Weltkrieg auf der Gegenseite.

Daraus jedoch wurden, wie Dehio findet, in Berlin keine strategischen Folgerungen abgeleitet, sondern man meinte, „dass wir uns nur durch einen großen europäischen Krieg die Freiheit zu unserer weltpolitischen Betätigung erkämpfen könnten“ (S. 13/14). Der erste Weltkrieg war „das paradoxe Ergebnis des Griffes in die Ferne“ und führte zu einem Krieg in der Nähe: um die Hegemonie in Europa (S. 63). Während des Kriegsverlaufs, da das Scheitern der Pläne deutlich wird, werden die Schrauben überdreht, die materiellen und moralischen Grundwerte über den Haufen geworfen und die Machthaber werden zu „Hasardeuren, die keine zutreffende Einsicht in das Wesen des Spiels besitzen“ (S. 16). Dehio macht einen Unterschied zwischen der spezifischen Kriegsschuld (*culpa*) und den Gründen für den ersten Weltkrieg (*causa*) (S. 66). So folgert er: Die „liberalen Imperialisten und mit ihnen weite Kreise der Oberschichten waren gerade in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch bereit, lieber einen europäischen Krieg hinzunehmen, als das offensive Fernziel preiszugeben, das sie seit der Jahrhundertwende ins Auge gefasst hatten“ (S. 73/74). Nach 1918 wurde in den herrschenden Kreisen Deutschlands und der ihnen zuarbeitenden Wissenschaftler und Publizisten die Niederlage diskutiert „als Folge vermeidbarer einzelner Fehler, nicht einer überspannten Gesamtkonzeption“ (S. 21). So kam es zu einer „zweiten Phase hegemonialer Übersteigerung nach 1933“ (S. 63).

Als Vordenker und Vertreter handfester Kapitalinteressen kann, gleichsam als Zeitzeuge, noch Walther Rathenau hinzugezogen werden. In einem Text, der den Titel trägt: „Über Englands gegenwärtige Lage“, und den er 1918 veröffentlichte, mit der Fußnote versehen, dass er ihn 1908 dem damaligen Reichskanzler als Denkschrift übergeben hatte, formulierte er folgendes Fazit: „Ist es zutreffend, dass seit dem Aufhören der Eroberungskriege es vorwiegend ratlose Verlegenheiten gewesen sind, die europäische Konflikte veranlasst haben, so ergibt sich von neuem der Anlass, nichts zu versäumen, was zur politischen Beruhigung beitragen kann; in dem Bewusstsein, dass mit jedem Jahr, das vergeht, das maritime Machtverhältnis sich für uns günstiger gestaltet und hierdurch eine allmähliche Bekräftigung des Gleichgewichts wiederum eintritt.“<sup>29</sup> Die entscheidenden Begriffe hier sind „politische Beruhigung“ und „Gleichgewicht“. Vier Jahre später, 1912, problematisierte er auch die Flottenrüstung: „England fühlt sich bedroht, weil wir rüsten; England rüstet, weil es sich bedroht fühlt; wir rüsten nicht, weil England rüstet, aber wir hören nicht auf, zu rüsten, solange England rüstet: ein Zirkelschluss.“ Seine Folgerung war, diesen Kreisprozess anzuhalten und mit Großbritannien ein Neutralitätsabkommen zu schließen.<sup>30</sup>

Für den europäischen wirtschaftlichen Zusammenschluss plädierte Rathenau 1913. In der programmatischen Schrift: „Deutsche Gefahren und neue Ziele“ heißt es: „Die Aufgabe, den Ländern unserer europäischen Zone die wirtschaftliche Freizügigkeit zu schaffen, ist schwer; unlösbar ist sie nicht. Handelsgesetzgebungen sind auszugleichen, Syndikate zu entschädigen, für fiskalische Zolleinnahmen ist Aufteilung und für ihre Ausfälle ist Ersatz zu schaffen; aber das Ziel würde eine wirtschaftliche Einheit schaffen, die der amerikanischen ebenbürtig, vielleicht überlegen wäre, und innerhalb des Bandes würde es zurückgebliebene, stockende und unproduktive Landesteile nicht mehr geben.“ In Bezug auf die europäische Zusammenarbeit, wie sie in der EU realisiert ist, im Verhältnis zu den USA, ist das offenbar erreicht. Die Angleichung der Entwicklungsniveaus innerhalb der EU und zwischen ihren Mitgliedsstaaten jedoch wurde nicht zuletzt im Gefolge deutscher Politik nicht verwirklicht.

Aber weiter Rathenau: „Gleichzeitig aber wäre dem nationalistischen Hass der Nationen

---

<sup>29</sup> Walther Rathenau: Gesammelte Schriften in fünf Bänden. Erster Band, Berlin: S. Fischer Verlag 1918, S. 169.

<sup>30</sup> Ders.: England und wir. Eine Philippika, in: ebenda, S. 216.

der schärfste Stachel genommen. Denn wenn man sich fragt, warum die Staaten zur Erbitterung ihrer Wettkämpfe getrieben werden, warum sie sich Kräfte, Rechte, Bündnisse und Besitztümer neiden, warum das Glück des einen der Schaden des anderen ist: es sind längst nicht mehr Religionen, Sprachen, Kulturen und Verfassungen, die sie entfremden. Kulturformen und Zivilisationen vereinigen sich friedlich innerhalb aller bekannten Ländergrenzen; Verfassungen lösen sich ab und hinterlassen leichtbesänftigte Spuren. Was dem Engländer unmöglich macht, in Deutschland heimisch zu werden, was dem Deutschen einen längern Aufenthalt in Frankreich verleidet, sind Formen niederer Verwaltungspraxis, Polizei-, Steuer- und Aufsichtsfragen. Was aber die Nationen hindert, einander zu vertrauen, sich aufeinander zu stützen, ihre Besitztümer und Kräfte wechselweise mitzuteilen und zu genießen, sind nur mittelbar Fragen der Macht, des Imperialismus und der Expansion: im Kerne sind es Fragen der Wirtschaft. Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.“<sup>31</sup>

Nimmt man das als Essenz der strategischen Debatten in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg, was Dehio beschrieben hat und Rathenau hervorhebt, und nicht die Kriegszieldebatten nach dem Kriegsausbruch, ergibt sich ein anderes Bild, als die üblichen Vorstellungen von „den Strategien“ des deutschen Kapitals.<sup>32</sup> Die Folgerung daraus aber ist: Der Platz Deutschlands in der Weltwirtschaft im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts und die deutsche Hegemonie in Europa heute sind das, was das ursprüngliche Ziel deutscher Kapitalinteressen schon vor über einhundert Jahren war. Deutschland ist jetzt dort, wo maßgebliche Kreise derer, „auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist“ (Kurt Tucholsky), es schon seit langem haben wollten. Der Terminus der „geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen“ ist der angemessene Begriff dafür.

Hier soll noch einmal Beck zitiert werden, um den qualitativen Unterschied innerhalb dieser Kontinuitätslinie zu verdeutlichen: „Das Zwangsmittel ist nicht der aggressive Einmarsch des deutschen Geldes, sondern im Gegenteil: der drohende Ausmarsch, das Hinauszögern und Verweigern der Kredite... Die neue deutsche Macht gründet also nicht wie in früheren Zeiten auf Gewalt als *ultima ratio*. Sie benötigt keine Waffen, um anderen Staaten den eigenen Willen aufzuzwingen. Deshalb ist die Rede vom 'Vierten Reich' absurd. Aus diesem Grund ist die ökonomisch begründete Macht auch viel beweglicher: Sie muss nicht einmarschieren und ist doch allgegenwärtig. Das Erpressungspotential, über das sie verfügt, entstammt nicht der Logik des Krieges, sondern der Logik des Risikos, genauer: des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs.“<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Ebenda, S. 277f.

<sup>32</sup> In einer eigenartigen Form scheinbarer „politischer Korrektheit“ finden sich auch gegenwärtig Kritiker der derzeitigen deutschen Politik, die eine lineare Kontinuität Angela Merkels mit den Kriegszielen Deutschlands von 1914 und 1939 behaupten. Das klingt entschieden, konstruiert jedoch falsche Analogien und trägt zur Analyse der tatsächlichen Verhältnisse nichts bei. Exemplarisch dazu: Thomas Eipeldauer: „Immer nur von Europa sprechen“. Zur Geschichte und Gegenwart des deutschen Großmachtstrebens, in: Hintergrund, Berlin/ Frankfurt am Main, Heft 2/2013, S. 59-61.

<sup>33</sup> Ulrich Beck: Das deutsche Europa, S. 49.

## Der wirtschaftliche Hintergrund

Nach den aktuellen Zahlen des Internationalen Währungsfonds für 2011 (Stand April 2012) hatte das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein nominales Gesamtvolumen von etwa 69,66 Billionen US-Dollar. Damit war es im Vergleich zu 2010 um 3,85 Prozent gestiegen. Dieses Wachstum verteilte sich aber weiter ungleichmäßig: das BIP Chinas wuchs um 9,24 Prozent, das Indiens um 7,24 Prozent, Russlands um 4,30 Prozent und Brasiliens um 2,73 Prozent, während das der USA bei 1,74 Prozent lag und das der EU bei 1,62 Prozent. Gleichwohl ist die EU mit einem BIP von 17,58 Billionen US-Dollar der größte Wirtschaftsfaktor der Welt. Innerhalb der EU trägt Deutschland mit einem BIP von nominal 3,58 Billionen US-Dollar 2011 zu etwa einem Fünftel zur Gesamtleistung der EU bei.<sup>34</sup>

Der deutsche Außenhandelsumsatz erreichte 2011 ein Volumen von 1,96 Billionen Euro, die Exporte überstiegen erstmals die 1-Billion-Euro-Marke; der Exportüberschuss lag bei 158.086,3 Millionen Euro.<sup>35</sup> 2010 betrug der Umsatz 1,77 Billionen Euro und der Exportüberschuss 153.333,3 Millionen Euro.<sup>36</sup> Damit ist die deutsche Wirtschaft weiter „Export-Vizeweltmeister“ (seit 2005 hinter China – hier müssen die Umsätze und Salden der Volksrepublik, Hongkongs und Makaus addiert werden, was in vielen Statistiken nicht geschieht). Die neuen Debatten um eine neue deutsche Hegemonialstellung haben, dies sei zunächst festgestellt, einen realwirtschaftlichen Hintergrund.

Nach den Zahlen seit der Finanzkrise verzeichnete das deutsche BIP 2008 gegenüber dem Vorjahr noch ein Plus von 1,1 Prozent, 2009 ein Minus von 5,1 Prozent und 2010 bzw. 2011 wieder ein Wachstum in Höhe von 3,7 und 3,0 Prozent. Die maßgebliche Wirkung der weltweit sinkenden Nachfrage war 2009 ein Einbruch der deutschen Exporte um 18,4 Prozent, bereits 2010 ein Anstieg um 18,5 Prozent und 2011 um 11,4 Prozent, das heißt 2011 war der Höchststand von 2008 wieder überschritten<sup>37</sup>. Der deutsche Außenhandelsüberschuss stammte 2010 zu 79,0 Prozent aus den Exporten in die anderen EU-Länder, zu 55,22 Prozent aus der Euro-Zone.<sup>38</sup> Im Jahre 2011 resultierte der deutsche Außenhandelsüberschuss zu 75,6 Prozent aus der EU und zu 50,83 Prozent aus der Euro-Zone.<sup>39</sup>

Zugleich haben bemerkenswerte Verschiebungen innerhalb der EU stattgefunden. Vergleicht man die nominelle BIP-Leistung der EU-Länder (in diese Berechnungen fließen bekanntlich auch Umsätze bzw. Erlöse der „Finanzindustrie“ ein) der Jahre 2007 und 2011, so ist der deutsche Anteil von 19,79 auf 20,35 Prozent angestiegen, der Frankreichs von 14,89 auf 15,79, die Anteile Italiens und Spaniens blieben mit etwa 12,5 bzw. 8,5 Prozent etwa gleich, während der Anteil Großbritanniens von 16,66 auf 13,75 gesunken ist und der Irlands von 1,55 auf 1,24 Prozent. Die Anteile Großbritanniens und

---

<sup>34</sup> [de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Länder\\_nach\\_Bruttoinlandsprodukt](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_Bruttoinlandsprodukt) (abgerufen am 3. August 2012). Siehe auch: Alex Demirović, Thomas Sablowski: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Reihe Analysen, Mai 2012, [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Analysen/Analyse\\_Finanzdominierte\\_Akkumulation.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Finanzdominierte_Akkumulation.pdf).

<sup>35</sup> Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (mit Umsatz und Saldo) 2011, erschienen am 12.07.2012 (abrufbar unter: [destatis.de](http://destatis.de)).

<sup>36</sup> Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (mit Umsatz und Saldo) 2010, erschienen am 10.03.2011 (abrufbar unter: [destatis.de](http://destatis.de)).

<sup>37</sup> Angaben nach EUROSTAT, 14.02.2012, und UNCTADstat.

<sup>38</sup> Eigene Berechnungen. Allerdings ist hier der Exporterlös für 2010 nach den neueren UNCTAD-Zahlen zugrunde gelegt; nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Fußnote 36) waren das 2010 79,8 Prozent EU und 55,8 Prozent Eurozone.

<sup>39</sup> Eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt 2011.

Irlands an der Wirtschaftsleistung der EU insgesamt sind jeweils um etwa ein Fünftel gesunken. Das bedeutet, dass die Länder, deren Wirtschaft eher von der Realwirtschaft getragen sind, besser über die Krise kamen, als jene, die sich auf „Finanzprodukte“ spezialisiert hatten, mit anderen Worten: die Schauplätze der Spekulation sind.

Im Hintergrund dieser Veränderung steht, dass eine finanzkapitalistische Wirtschaftsweise, wenn sie sich von der Realwirtschaft löst – zugleich aber staatlich garantiert wird, die hier spekulativ erlangten Einkommen vor Entwertung zu sichern – auf eine Rentenökonomie hinausläuft: Kapitalismus wächst hinüber „in eine modernisierte tributäre Produktionsweise, in der es Märkte gibt, die aber zugunsten der Etablierten beschränkt sind“.<sup>40</sup> Dies korrespondiert mit den historischen Befunden. Die genuesischen Bankiers kontrollierten Ende des 16. / Anfang des 17. Jahrhunderts den europäischen Goldmarkt und den Silbermarkt, konnten beliebig zwischen beiden hin- und herspekulieren und schufen neu einen Markt für Wertpapiere, was damals die Wechsel waren, und spekulierten auf den spanischen Staatsbankrott.<sup>41</sup> Je mehr sich die weltwirtschaftliche Position Italiens in dieser Zeit in Kategorien der Realwirtschaft verschlechterte, desto mehr verselbständigte sich die Kreditwirtschaft, die den nationalen Kreisläufen der italienischen Wirtschaft weitere Mittel entzog. Am Ende jedoch erlangte in der „Konkurrenz der Schiffe und der Webstühle“ der Nordwesten Europas in der Mitte des 17. Jahrhunderts das Übergewicht; so erringt „der Kaufmann den Sieg über den Finanzmann, den Spekulanten“.<sup>42</sup> Insofern sind sich verselbständigende Finanzsphären zyklische Erscheinungen in der Entwicklung des Kapitalismus, die jedoch stets als Symptome eines Niedergangs der Realwirtschaft und damit verbunden überschüssigen Kapitals auftreten. Die Macht der sie schützenden Staaten reicht jedoch in einer marktlichen Konkurrenz schließlich nicht aus, die Renten auf Dauer zu sichern. So erweist sich am Ende die realwirtschaftlich getragene Wirtschaft der Spekulantenwirtschaft als überlegen.

Die deutschen Exportüberschüsse sind allerdings die Kehrseite der Schulden der anderen EU-Länder. Angesichts der „Sparpolitik“ gegenüber den Schuldnerländern ergibt sich die Frage: Werden die Kunden geschlachtet, nur um den Euro zu retten (z.B. Griechenland), und Deutschland zerstört seine eigenen Märkte? Hörigkeit der Politik gegenüber „den Finanzmärkten“ reicht als Erklärung nicht aus. Es geht um den Euro als zweite Weltwährung in Konkurrenz und Auseinandersetzung mit dem US-Dollar. Insofern als der Euro Grundlage der deutschen Stellung in der Weltwirtschaft und damit in der Welt von heute ist, liegt die Priorität darauf, dass der Euro gerettet und stabilisiert werden soll, auch wenn dies auf Kosten anderer EU-Länder, ihrer sozialen Lage und Stabilität geht. Damit zeichnet sich bereits jetzt ein Spannungsverhältnis zwischen den globalen deutschen Interessen als geoökonomischer Macht und den Erfordernissen der Gestaltung der Europäischen Union als eines Integrationsverbundes von Staaten, Völkern und Regionen ab. Die Entwicklungsunterschiede innerhalb der Union sollten aus Sicht der Integrationsziele verringert werden, während sie aus Sicht der deutschen Globalinteressen irrelevant sind, sofern sie die Funktionalität der deutschen Exportwirtschaft nicht stören.

Der Euro wird vielfach als ein Kernproblem der gegenwärtigen Spannungen innerhalb der EU angesehen, weil die anderen EU-Länder ihre Handels- und Leistungsbilanzdefizite innerhalb der Euro-Zone nicht durch Währungsabwertungen, die auf eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zielen, kompensieren

---

<sup>40</sup> Hartmut Elsenhans: Kapitalismus global. Aufstieg – Grenzen – Risiken, Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 2012, S. 219.

<sup>41</sup> Fernand Braudel: Modell Italien. 1450-1650, Berlin: Verlag Klaus Wagenbach 2003, S. 108ff.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 195.

können. Deshalb werden in verschiedenen Ländern, nicht nur auf der politischen Rechten, sondern auch unter linken Kräften, Ausstiegsszenarios aus dem Euro diskutiert. Tatsächlich jedoch liegen die Probleme viel tiefer. Die Wirtschaft der BRD war bereits mit dem erfolgten Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg, in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre „zum Akkumulationszentrum Westeuropas geworden, das Arbeitskräfte nicht nur aus dem Süden, sondern vor allem aus der Deutschen Demokratischen Republik anzog“.<sup>43</sup> Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland wurden bereits im März 1960 abgeschlossen. Nachdem infolge des Mauerbaus am 13. August 1961 der Arbeitskräftezustrom aus der DDR versiegt war, folgte im Oktober 1961 das Anwerbeabkommen mit der Türkei, in dessen Folge heute über drei Millionen aus der Türkei stammende Menschen in Deutschland leben. Mit den Krisenprozessen im Süden und Osten Europas und dem anhaltenden Wirtschaftswachstum in Deutschland finden gegenwärtig analoge Entwicklungen statt, die durch die Freizügigkeit innerhalb des EU-Raums immens erleichtert sind; so wanderten im Jahre 2011 279.000 Menschen, vor allem junge, gut qualifizierte Menschen aus den anderen EU-Ländern, nach Deutschland ein, 2012 sogar 369.000. Wenn der Trend anhält, wird die in Deutschland lebende Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten nicht schrumpfen, sondern auf 90, vielleicht 100 Millionen anwachsen.<sup>44</sup> Auch in diesem Sinne wäre Deutschland Nutznießer der derzeitigen Entwicklungen in der EU.

Ende der 1970er Jahre wurde das Europäische Währungssystem (EWS) geschaffen. Es war durch ein System fester, allerdings in Bandbreiten anpassungsfähiger Wechselkurse gekennzeichnet („Währungsschlange“), sollte den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr erleichtern und eine Währungsunion vorbereiten. Angesichts der Stärke der bundesdeutschen Wirtschaft innerhalb der EU, damals noch EWG, war dies jedoch ein System, in dem die anderen an das Leitwährungsland angekoppelt waren, ähnlich wie das Bretton-Woods-System an den US-Dollar auf weltwirtschaftlicher Ebene. Da die Deutsche Bundesbank ihre eigene Währungspolitik machte, ohne immer auf die Belange der anderen zu achten, entstand die Idee, trotz der fortbestehenden Nationalstaatlichkeit innerhalb der EU den Euro als gemeinsame Währung einzuführen. Die Europäische Zentralbank (EZB) sollte die Möglichkeit schaffen, dass alle beteiligten Länder auch über die Währung mitbestimmen. Deutsche Bedingung allerdings war, dass die EZB nach dem Vorbild der Bundesbank eine eigenständige Institution sein sollte, die von der Fiskalpolitik der Euro-Staaten abgekoppelt ist, und dass die Inflationsbekämpfung zum prioritären Ziel erklärt wurde. Das heißt vieles, was jetzt als „Fehlkonstruktion des Euro“ diskutiert wird, war der tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Verfasstheit der EU geschuldet, während der Euro selbst als gute Idee verstanden wurde, um die Probleme des EWS anzugehen.

Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der EU und der Euro-Zone sind demzufolge nicht Ergebnis der Euro-Einführung, sondern ihm bereits vorgelagert. Sie haben sich aber im Gefolge seiner Einführung verstärkt. Bereits in den drei Jahrzehnten vor der Krise 2008 kam es zur „Entfaltung einer asymmetrischen Arbeitsteilung zweier unterschiedlicher Formen von Akkumulationsregimen“. „Den Kern einer Gruppe aktiv extrovertierter Ökonomien bildete Deutschland. Die deutsche Extraversion zeichnete sich durch eine starke industrielle Exportorientierung und durch eine zunehmende Involvement in Finanzialisierungsprozesse im Ausland mittels Kapitalexport aus. Direkt in das deutsche produktive System integriert waren beispielsweise die Benelux-Staaten und

---

<sup>43</sup> Georg Fülberth: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln: PapyRossa Verlag 2012, S. 39.

<sup>44</sup> Themenschwerpunkt in: Cicero. Magazin für politische Kultur, Berlin, Juni 2013, S. 18ff.

die österreichische Ökonomie“.<sup>45</sup> Seit den 1990er Jahren kamen osteuropäische Länder (als mehr oder weniger „verlängerte Werkbänke“ der deutschen Industrie bzw. als spezifische Einflusszone dieser Kerngruppe) hinzu, insbesondere Polen, Tschechien, Ungarn, die Slowakei und Slowenien.

In der Peripherie der EU dagegen, insbesondere in Irland, Spanien, Portugal und Griechenland, setzten sich „verschiedene Formen von import-orientierten und finanzierten Akkumulationsmustern“ durch. Diesen Ländern war mit dem Euro die Möglichkeit genommen, ihren Defiziten durch Abwertung zu begegnen. „Im Gegenzug gewannen sie die Möglichkeit, sich zu niedrigeren Zinsen zu verschulden. In Südeuropa wurden über die Währungsunion Deindustrialisierungsprozesse, die bereits mit Wegfall von Protektionsmöglichkeiten und Optionen der Industriepolitik im Rahmen des EU-Beitritts in den 1980er Jahren in Gang gekommen waren, verfestigt. In den damals neuen südeuropäischen EU-Mitgliedsländern verschob sich die Kapitalakkumulation in Tourismus, Immobilien und Bauwirtschaft. Zum Teil verlagerten Kapitalgruppen ihre Aktivitäten von der industriellen Produktion zum Import.“ Die Folge war: „In Südeuropa und Teilen Osteuropas stiegen die Handels- und Leistungsbilanzdefizite stark an. Sie wurden über Kredite aus den westeuropäischen Ländern finanziert.“<sup>46</sup> Der kreditfinanzierte Konsum im Süden und die Erlöse der Exporte aus Deutschland bzw. den anderen Kern-Ländern waren das Ergebnis einer wechselseitigen Interessenverschränkung, ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Deutschland hat den anderen Ländern dieses Modell nicht oktroyiert, sondern die Kapitaleigner aus den Peripherieländern haben daran gut mitverdient und wurden zu Trägern seiner Umsetzung aus Eigeninteresse.

Das deutsche Exportmodell hat mehrere Grundlagen. So argumentiert etwa der Arbeitsmarktforscher Steffen Lehndorff wie folgt: „A und O der wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands ist die Stärke seiner Exportindustrie. Es würde in die Irre führen zu behaupten, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa seien primär auf deutsches 'Lohndumping' zurückzuführen. Der Exporterfolg der deutschen Industrie hat seine stärksten Fundamente in der hohen Spezialisierung und Produktqualität, der Dienstleistungsorientierung der Unternehmen und der Flexibilität und Qualifikation der Beschäftigten. Das Problem liegt aber darin, dass diese auf produktbezogenen Fundamenten beruhende Wettbewerbsfähigkeit im zurückliegenden Jahrzehnt durch eine Senkung der Lohnstückkosten im Verhältnis zu den übrigen EU-Ländern *ergänzt* werden konnte, weil die durchschnittlichen Löhne in Deutschland stagnierten und teilweise sogar sanken, während die Arbeitsproduktivität ungefähr im EU-Durchschnitt anstieg.“<sup>47</sup> Die Politik der „Agenda 2010“ der früheren sozialdemokratisch geführten Bundesregierung von Kanzler Gerhard Schröder hat zu Sozialabbau, Lohndrückerei und Schaffung eines Billiglohnsektors in Deutschland geführt und damit die Macht des Kapitals im Verhältnis zur Arbeit vergrößert, nicht aber diese Konkurrenzposition der deutschen Wirtschaft in Europa geschaffen. Vielmehr ist dieses Deutschland, nachdem die Probleme des Ostens nach der deutschen Vereinigung verdaut sind, nunmehr auf höherer Stufenleiter das, was Fülberth bereits für die alte BRD in der kleineren EWG

---

<sup>45</sup> Joachim Becker, Johannes Jäger: Regulationstheorie und Vergleichende Kapitalismusforschung: Die Europäische Union in der Wirtschaftskrise, in: Ian Bruff, Matthias Ebenau, Christian May, Andreas Nölke (Hrsg.): Vergleichende Kapitalismusforschung: Stand, Perspektiven, Kritik, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2013, S. 170.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 171.

<sup>47</sup> Steffen Lehndorff: Soll Europa wirklich „Deutsch lernen“? Zur neuen Karriere des „Modells Deutschland“, in: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog, Brüssel und Hamburg, Heft 11/2012, S. 34 (Hervorhebung im Original).

benannt hatte: Akkumulationszentrum der weltwirtschaftlich und geopolitisch drastisch vergrößerten Europäischen Union. Das würde auch durch eine andere Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik innerhalb Deutschlands nicht tatsächlich verändert.

Die Krise seit 2008 hat den tiefen Graben zwischen dem Zentrum und der Peripherie, zwischen den beiden Akkumulationsmodellen deutlich zu Tage treten lassen. Das produktive Kapital, aber auch die Finanzkonglomerate in Deutschland wurden durch die Krise gestärkt, und zwar sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber der Konkurrenz in Asien und Nordamerika. Dabei besteht, wie Becker und Jäger hervorheben, „eine Allianz zwischen dominanten exportorientierten produktiven Kapitalfraktionen in Deutschland mit Kapitalgruppen, die an Finanzialisierungsprozessen beteiligt sind“.<sup>48</sup> Die neoliberalen Lösungsansätze, die über die europäische Kommission bzw. die „Troika“ in den Peripherieländern durchgesetzt werden, stehen damit nicht in Gegensatz zu den Interessen der deutschen exportorientierten Kapitalfraktionen, sondern sind einander kompatibel und ergänzen sich. Im europäischen Maßstab werden die Positionen der Lohnabhängigen und die Sozialstaatlichkeit geschwächt. Zugleich aber auch kleinere, weniger konkurrenzfähige Kapitale, was zu einer weiteren Konzentration des Kapitals innerhalb der EU führt, und damit wiederum tendenziell zur Stärkung des deutschen Kapitals.

Während im Zentrum bereits eine Rückkehr zu dem Akkumulationsmodell der Vorkrisenzeit erfolgt ist und über die EU-Kommission eine Verschärfung neoliberaler Politikmuster durchgesetzt wird, ist in den „abhängig finanzierten Ökonomien... eine Wiederherstellung des Vorkrisenmodells nicht denkbar“.<sup>49</sup> Allerdings bezweifeln Becker und Jäger, dass die außer-EU-europäischen Exporte auf Dauer in der Lage sein werden, „für das extravertierte Akkumulationsmodell des produktiven Zentrums Europas eine ausreichende Grundlage für weiteres Wachstum“ zu bieten und den Nachfrage-Ausfall der Inner-EU-Peripherie zu kompensieren.<sup>50</sup> Damit schließe die Krise der Peripherie am Ende doch auf das Zentrum zurück, was nicht ohne Folgen für die deutsche Exportwirtschaft, die Beschäftigung im Lande und die neue weltpolitische Position Deutschlands bliebe.

### **Exkurs: National-staatliche Machtkomplexe**

Es gibt seit einiger Zeit auch einen Analysestrang, nach dem mit der Globalisierung und der weltweiten Kapitalverflechtung auch eine globalisierte Klasse von Kapitalisten entstanden sei, und es wird gezählt, wieviele Familien von superreichen Milliardären die nordatlantische „Welt des weißen Mannes“ beherrschen. Auch innerhalb der EU findet ein Verflechtungsprozess statt. Daraus ergäbe sich die Annahme, dass es nicht sinnvoll oder nicht möglich ist, von einer deutschen Dominanz oder Hegemonie in Europa und deutschen Machtpositionen in der Welt zu reden.

Die hier unterstellte Annahme ist, dass die Kapitalverflechtungen zwar weltweit und europaweit zunehmen,<sup>51</sup> gleichzeitig aber national organisierte „staatsmonopolistische Komplexe“ der Macht, und damit unterschiedliche Interessenträger auch weiterhin

---

<sup>48</sup> Joachim Becker, Johannes Jäger: Regulationstheorie und Vergleichende Kapitalismusforschung, a.a.O., S. 176.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 177.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 173.

<sup>51</sup> Zur „Finanzialisierung“ im derzeitigen globalisierten Kapitalismus vgl. Lutz Brangsch, Judith Dellheim, Joachim H. Spangenberg, Frieder Otto Wolf: Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte: 99, Berlin: Karl Dietz Verlag 2012, S. 73ff.

bestehen. Das deutsche Kapital und die deutsche Regierung, das französische Kapital und die französische Regierung, das britische und die britische Regierung (mit den Sonderinteressen in Sachen „Finanzplatz“ London) sind auch innerhalb der EU weiter identifizierbar, jeweils mit korrespondierenden Kapitalinteressen einerseits und Handeln der respektiven Regierung innerhalb der Institutionen der EU und darüber hinaus andererseits. In diesem Sinne ist einerseits davon auszugehen, dass die Institutionalisierung der EU und die Vergemeinschaftung ihrer Politik voranschreiten, andererseits aber Machtverschiebungen vor sich gehen, die den Nationalstaaten zugerechnet werden müssen. So ist es analytisch trotz EU-Integration sinnvoll, von deutschem Dominanzstreben zu sprechen und dies auch vor dem Hintergrund von Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Geschichte zu problematisieren.

Dieser Standpunkt wird übrigens auch in der „vergleichenden Kapitalismusforschung“ geteilt. So unterstellt Terrence McDonough zwar die Existenz einer globalisierten Kapitalistenklasse, meint dann aber, dass sich bei der Analyse der transnationalen Sozialstruktur der Akkumulation zeige, sie sei über die nationalen Grenzen hinweg nicht homogen. „Die bisher begrenzten Aufgabenbereiche transnationaler Regierungsführung ermöglichen die Generierung nationaler Unterschiede, welche es dem Kapital möglich machen, den Akkumulationsprozess an den lukrativsten Standorten zu platzieren.“ Er sieht das jeweilige „Ensemble aus Politik und Institutionen“ als Instrumente an, die selbst Teil der Sozialstruktur der Akkumulation sind. Dabei unterschlägt McDonough das historische Gewordensein der Institutionen aus der jeweiligen national-staatlichen Geschichte heraus, sieht aber zutreffend, dass diese Akkumulationsprozesse wesentlich für „Produktion, Wettbewerb, Regulation und Konsum im nationalen und globalen Raum“ sind.<sup>52</sup>

Die Herausgeber des Bandes über die vergleichende Kapitalismusforschung schreiben in der Einleitung, dass es sinnvoll ist, „von verschiedenen 'Typen', 'Modellen', 'Spielarten' o.ä. zu sprechen. Dieser Fokus wird generell durch die Effekte spezifischer Institutionenkonfigurationen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einzelner nationaler Kapitalismustypen konkretisiert.“<sup>53</sup> Bob Jessop benutzt den Terminus „Ökologische Dominanz“ und bezieht ihn „auf das relative Gewicht verschiedener Spielarten des Kapitalismus auf dem Weltmarkt und/oder den relativen Einfluss verschiedener Kapitalkreisläufe auf die übergreifende Dynamik der Kapitalakkumulation“. Dabei gehe es um „die Frage nach der ungleichen Entwicklung und der strukturellen Verbindung verschiedener kapitalistischer Regime innerhalb einer regionalen oder globalen Arbeitsteilung“. Als ein Beispiel dieser „ökologischen Dominanz“ sieht er das Primat „des Modells Deutschland im europäischen Wirtschafts- und Politikraum, so wie es zur Eurozonenkrise und der damit verbundenen Krise des Krisenmanagements beigetragen hat.“<sup>54</sup>

Kees van der Pijl und andere kommen zu noch weitergehenden Folgerungen. So eröffnen van der Pijl und Holman einen Text zur Stellung des deutschen Kapitals mit der Feststellung: „Wir vertreten in unserem Aufsatz die Auffassung, dass das deutsche Kapital seine historische Position in der Weltwirtschaft im Zuge der Restauration der

---

<sup>52</sup> Terrence McDonough: Soziale Strukturen der Akkumulation: Zur Aktualität marxistischer Stadienanalysen des Kapitalismus für die Vergleichende Kapitalismusforschung, in: Ian Bruff et al. (Hrsg.): Vergleichende Kapitalismusforschung, S. 222f.

<sup>53</sup> Ian Bruff, Matthias Ebenau, Christian May, Andreas Nölke (Hrsg.): Einleitung: Kapitalismusvergleich, Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik in Zeiten der globalen Krise, in: Dies. (Hrsg.): Vergleichende Kapitalismusforschung, S. 14.

<sup>54</sup> Bob Jessop: Der Weltmarkt und die Reproduktion von Akkumulationsregimen in der Vergleichenden Kapitalismusforschung, in: Ebenda, S. 67f.

deutschen Vorrangstellung in Europa, die es mit dem zweiten Weltkrieg verloren hatte, wieder gewonnen hat.“<sup>55</sup> Sie kommen im Ergebnis ihrer Verflechtungsanalyse des transnationalen Kapitals, die nicht nur die EU, sondern auch insbesondere die USA einbezieht, sogar zu der Feststellung, „dass sich das Zentrum des globalen Netzwerks miteinander verbundener Führungsstrukturen über den Atlantik hinweg nach Deutschland verlagerte“. Seine Exportoffensive hat Deutschland „weltweit zu einem der größten Exporteure gemacht“. Der Umsatz deutscher Tochterfirmen im Ausland müsse noch hinzugerechnet werden und der Handelsbilanzüberschuss liegt über dem Chinas. „Der damit verbundene Kapitalzufluss wurde größtenteils in den USA und anderen überseeischen Ländern angelegt.“<sup>56</sup> Auch beim Kapitalexport also findet eine Verlagerung der Gewichte deutscher Interessenperzeption aus der EU heraus statt.

## Politische Konsequenzen

Das Sinken der Anteile der anderen EU-Länder bzw. der Euro-Zone am Exportüberschuss Deutschlands von 2010 zu 2011 scheint die Strategie der überseeischen Expansion zu bestätigen: Die Erlöse der deutschen Wirtschaft aus dem fernen Welthandel steigen auch bei sinkendem EU-Handel. Es ist eine neue Peripherie nicht nur in der globalisierten Welt, sondern auch innerhalb Europas entstanden – Deutschland und einige andere Länder, die zur „harten“ Eurozone gehören, stellen im eigentlichen Sinne das Zentrum der EU dar, während die verschuldeten Länder im Mittelmeerraum und am „Rande“ der EU (Irland, Portugal, Griechenland, Italien, Spanien und Zypern) die schwächelnde Peripherie bilden.

In einer aktuellen Studie zur Krise des Euro schreiben Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas: „Die Vorherrschaft Deutschlands in den Exportmärkten und seine fehlende Bereitschaft, sein wirtschaftspolitisches Modell zu ändern, die Art der Konditionalität, die mit den Anpassungsprogrammen in den Krisenländern verbunden ist und die falsche Anpassung an sich bewirken einen schnellen Anstieg der Kosten eines Verbleibs in der Europäischen Währungsunion.“ Der Nutzen, der für die Länder mit der Einführung des Euro verbunden war, wird geringer und reduziert sich weiter. Deshalb die Folgerung: „Da die wirtschaftlichen Kosten der Mitgliedschaft zunehmen und der Nutzen abnimmt, müssen tatsächlich einige Länder einen Austritt erwägen.“<sup>57</sup> Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht mag es naheliegen, eine solche rationale Abwägung vorzuschlagen, Kosten und Nutzen zu bilanzieren und dann entsprechend zu handeln. Zugleich aber ist die tatsächliche Entwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse nicht ein

---

<sup>55</sup> Kees van der Pijl, Otto Holman: Transnationale Verflechtung und Stellung des deutschen Kapitals in der EU, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt am Main, Heft 93, März 2013, S. 95. Im folgenden Heft der Zeitschrift widerspricht Werner Rügemer diesem Befund und meint, „die deutsche Vormachtstellung in Europa und insbesondere in der EU ist überformt und durchdrungen durch angelsächsisches, insbesondere US-Kapital und ihre Hilfstruppen“. Dem setzen wiederum Jörg Goldberg und André Leisewitz entgegen: „Dieser zum Verständnis der europäischen Entwicklung sicherlich wichtige Hinweis geht u.E. am Kern der Aussagen von Pijl/Holman vorbei; das wachsende Gewicht der Bundesrepublik und des in Deutschland ansässigen Monopolkapitals im Rahmen der EU sind während der aktuellen Krise deutlich geworden.“ In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 94, Juni 2013, S. 170, 174. Um einen historischen Vergleich zu ziehen: Die Opel-Werke gehörten seit 1929 dem US-Konzern General Motors und haben während des 2. Weltkrieges ungeachtet dessen alle Produktionsauflagen der deutschen Kriegswirtschaft erfüllt; die entsprechenden Profite standen der „Muttergesellschaft“ schließlich zur Verfügung, obwohl Hitler-Deutschland und die USA gegeneinander Krieg geführt hatten.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 100, 106.

<sup>57</sup> Heiner Flassbeck, Costas Lapavistas: The systemic crisis of the euro – true causes and effective therapies, Studie, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mai 2013, S. 37.

Vorgang, den man einfach rückgängig machen kann, ein Spiel, in dem man, wie bei „Monopoly“ ggf. „zurück auf Los“ geht. Über ein Dutzend Jahre nach Einführung des Euro kann man nicht einfach zur „Währungsschlange“ zurückkehren und die neuen Kleinwährungen abwerten lassen. Erstens wären dann die ursprünglichen Probleme, wie sie zur Einführung des Euro geführt hatten, wiederhergestellt. Zweitens würde dies das eigentliche Problem der EU, das strukturelle Übergewicht der deutschen Wirtschaft, nicht beseitigen. Die mit der Wirtschafts- und Währungsunion verbundene Deindustrialisierung anderer EU-Länder ist nicht von heute auf morgen rückgängig zu machen. Nach einer mehrjährigen Phase der Verwerfungen würde wieder eine „D-Mark-Zone“ entstehen – und „dann gehören wir eben zur D-Mark-Zone“, wie ein polnischer Finanzstaatssekretär vor einiger Zeit auf einer Konferenz sagte. Nur wäre die eben weltwirtschaftlich betrachtet deutlich schwächer, als es die Euro-Zone ist. Und ob dies im Interesse der staatsmonopolistischen Komplexe der anderen EU-Länder läge, ist sehr fraglich. Drittens sind die Schulden innerhalb der Euro-Zone in Euro notiert, so dass die aus dem Euro austretenden Länder nach Abwertung der „neuen“ nationalen Währung noch mehr zur Schuldentilgung aufwenden müssten, als im Rahmen des Verbleibs im Euro; die Verarmung der Lohnabhängigen und der ärmeren Bevölkerungsteile würde also durch den Euro-Austritt nicht gestoppt, sondern voraussichtlich vergrößert. Ob die schwachen Regierungen der kleinen EU-Länder einfach ein Schulden-Moratorium verhängen könnten, wie es der argentinische Präsident Kirchner vor zehn Jahren in der „Tango-Krise“ machte, ist äußerst fragwürdig. Es hinge vor allem von den politischen Kräfteverhältnissen ab. Viertens würden die globalen Spekulatennetzwerke über diese Währungen erst recht herfallen, es sei denn, sie werden als Binnenwährungen konzipiert, die nicht oder nur sehr bedingt konvertierbar sind – das wäre ein Rückfall in eine Lage, wie sie in Europa nach dem ersten Weltkrieg hergestellt worden war. Und daran kann keine Kapitalfraktion in Europa interessiert sein.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist daher zu fragen, ob es für eine Austrittslösung die sie tragenden politischen und sozialen Kräfte gäbe. Wenn die Einführung des Euro als Geschäft auf Gegenseitigkeit zwischen den verschiedenen Kapitalgruppen und den staatsmonopolistischen Komplexen gemacht wurde, so wäre der Austritt aus dem Euro eine Aufkündigung dieser Gegenseitigkeit. Im Rahmen der Krisenbewältigungspolitik wurden bei Wahlen bisher in allen Krisenländern die für die Krise zunächst verantwortlichen Regierungen abgewählt – ganz gleich, ob sozialdemokratisch oder konservativ – und anschließend aber wieder Regierungen gewählt, die für die Akzeptanz der Bedingungen der „Troika“ und die Annahme der verschiedenen „Memoranden“ und „Rettungspakete“ eintraten. Es besteht eine faktische Grundvereinbarung zwischen den Kapitalgruppen der Euro-Länder und ihren Regierungen über die Erhaltung des Euro, die wiederum über Wahlen abgesichert ist. (Allerdings sind in solchen Wahlen vielerorts, so in Ungarn oder in Griechenland, die Positionen einer extremen, ja quasi-faschistischen Rechten erstarkt. Das könnte die derzeitige Stabilität der Schulden-Regime allerdings längerfristig aushöhlen – mit zu den 1930er Jahren durchaus vergleichbaren Folgen.) Daran haben auch noch so große außerparlamentarische Protestbewegungen, Demonstrationen oder Kundgebungen bislang nichts ändern können. Unter einer kapitalismuskritischen historischen Perspektive könnte man dazu feststellen, dass die Bourgeoisien der anderen EU- bzw. Euro-Länder sich damit – die einen mehr, die anderen (noch) weniger – in Kompradoren der deutschen Bourgeoisie verwandelt haben. Das Interesse, als solche an den Gesamtpositionen der EU in der Weltwirtschaft von heute zu partizipieren, dürfte auf absehbare Zeit größer sein, als sich auf sich allein gestellt den Unwägbarkeiten der globalen Wirtschaftsentwicklungen auszusetzen. Zudem wird dies letztlich auch durch die sicherheitspolitische Einordnung in die NATO

überwölbt, unabhängig davon, ob der starke Euro nun auch im Interesse der USA-Bourgeoisie liegt oder nicht. Und eine Linke in Europa, die machtvoll eine andere politische Weichenstellung zu erwirken in der Lage wäre, ist derzeit nicht zu sehen.

Die Frage allerdings ist, ob die EU als Integrationsverbund das Auseinanderklaffen zwischen Zentrum und Peripherie auf die Dauer verkräftet. Der schon zitierte Hans Kundnani schrieb im Sommer 2012: „Deutschlands gewachsene Macht und Frankreichs verhältnismäßige Schwäche haben es Berlin erlaubt, seine Präferenzen in der Euro-Zone und der EU durchzusetzen.“ Am Ende aber wird „das Europa, das in der Krise entsteht, weniger ein deutsches, denn ein chaotisches“ sein.<sup>58</sup>

Damit aber steht die „deutsche Frage“ wieder neu. Deutschland ist Hauptnutznießer der Euro-Einführung, es wäre auch der Hauptleidtragende seines Zusammenbruchs. Insofern ließe sich etwas verkürzt argumentieren: Die Rettung geht nicht über Hegemonie, sondern über Kooperation. Tatsächlich jedoch sind beide eng verwoben. Ulrich Beck macht darauf aufmerksam, „mit der Machtkonstellation des deutschen Europas“ werde sichtbar, „dass Europäisierung zwei entgegengesetzte Formen annehmen kann, zwei Arten der Integration und Kooperation: gleichberechtigte Teilhabe (Reziprozität) oder hierarchische Abhängigkeit (Hegemonie).“ Dabei gilt dann: „Der angebliche Sachzwang der von Deutschland verordneten Sparpolitik hat dazu geführt, dass die Norm der gleichberechtigten Teilhabe unter der Hand beiseite geschoben und immer häufiger durch Formen hierarchischer Abhängigkeit ersetzt wurde.“<sup>59</sup> So sind dann Hegemonie und Kooperation keine Gegensätze, sondern die Hegemonie wird in der resp. mittels Kooperation durchgesetzt, indem sie zu den Konditionen erfolgt, die der Hegemon bestimmt. Und das tut er nicht durch repressive Maßnahmen, sondern durch submissive Mechanismen, die über die Institutionen der EU umgesetzt werden – Troika-Beamte statt Kavallerie – mit den willigen Vollstreckern in den EU-Direktionen und den Kompradoren in den betroffenen Ländern an der Seite. Der Hegemon ersetzt nicht die Netzwerke durch eine Befehlszentrale, sondern setzt sich über sie durch, indem er die Knotenpunkte der Netzwerke kontrolliert. Am besten funktioniert es, wenn der Hegemon gar nicht mehr als solcher sichtbar ist, sondern nur noch der Sachzwang exekutiert wird.

Hier ist die kategoriale Unterscheidung von Unterdrückung (Repression) und Unterwerfung (Submission) von Bedeutung. Sie geht auf Michel Foucault zurück. „Er monierte die Neigung der Gesellschaftskritik, alle Unfreiheit in Kategorien der Repression fassen zu wollen. Noch Herbert Marcuse hatte ja seine Entdeckung der Manipulation in der Begrifflichkeit der Unterdrückung vorzutragen versucht. In Wirklichkeit, in der modernen jedenfalls, ist Unfreiheit längst auch etwas anderes als Unterdrückung geworden. Etwas, das im Wahrnehmungsraster 'Repression' nicht mehr auftaucht. So dass eine auf Repression fixierte Gesellschaftskritik Gefahr läuft, unkritisch zu werden.“<sup>60</sup>

Insofern laufen die Träger von Plakaten mit Angela-Merkel-Konterfei und Hitler-Bärtchen und die dieser Geschichtsinterpretation zuarbeitenden Intellektuellen nicht aus Impertinenz ins Leere, sondern weil eine solche Sichtweise die neuen Verhältnisse in den alten Begriffen zu denken versucht. Umgekehrt ist die Leugnung der Kontinuität deutscher Vorherrschaft die Kehrseite dessen, weil die Ablehnung der Repressionsunterstellung als Argument gegen die Submission ins Feld geführt wird.

Dennoch steht die EU, wie sie institutionell seit 1950 geschaffen wurde, einer Hegemonialordnung von ihrer gesetzten Ordnung her entgegen. Wenn es Zweck der EU

---

<sup>58</sup> Hans Kundnani: Was für ein Hegemon? Berlins Politik führt zu keinem deutschen, sondern einem chaotischen Europa, in: Internationale Politik, Berlin, Heft 3/2012, S. 25.

<sup>59</sup> Ulrich Beck: Das deutsche Europa, S. 56.

<sup>60</sup> Hartwig Schmidt: Subjektivierende Unterwerfung. Essai, in: Berliner Debatte Initial, Heft 6/1994, S. 31.

war, innerhalb der Institutionen jene Widersprüche zwischen den Staaten friedlich und satzungsgemäß auszutragen, die zuvor in mehreren Kriegen in den Schützengräben ausgetragen worden waren, so muss sich dies eben jetzt bewähren. Die starke deutsche Position innerhalb der EU war informell ziemlich unangefochten, solange der französische Präsident Nicolas Sarkozy der Politik von Kanzlerin Angela Merkel nahezu widerspruchslos folgte, während ein französischer Präsident Francois Hollande, der sich mit dem spanischen und dem italienischen Ministerpräsidenten abstimmt, eine vergleichsweise starke Position in den Institutionen einzunehmen in der Lage ist, auch wenn die wirtschaftliche und finanzpolitische Position dieser Länder im engeren Sinne dies nicht tragen. Dadurch kann die faktische Stärke Deutschlands in gewissem Maße ausbalanciert werden. Da Deutschland weder an einer Schwächung oder gar einem Zusammenbruch des Euro noch der EU interessiert sein kann, reicht die starke exportwirtschaftliche und finanzpolitische Position allein dagegen letzten Endes nicht aus. Das Einverständnis der anderen ist immer wieder neu herzustellen. Das stellt höchste Anforderungen an die Netzwerkerei vom hegemonialen Zentrum aus, zudem unter den Bedingungen der auch innerhalb der EU nicht suspendierbaren souveränen Gleichheit der Staaten, die aus dem Völkerrecht resultiert und keinen Unterschied zwischen Schuldner und Gläubiger macht. Das institutionelle Gefüge der EU ist für Hegemonie, wessen auch immer, nicht gemacht und steht einem Hegemoniestreben nach Geist und Buchstaben entgegen.

Die Kämpfe um die Zukunft der Europäischen Union werden demzufolge auf drei Ebenen ausgetragen: (1) es sind nach wie vor – und unter den Bedingungen der Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft – Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, zwischen abhängig Beschäftigten und Kapitaleigentümern; (2) es sind Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen „staatsmonopolistischen Komplexen“ sowie ihren respektiven Ansprüchen und Ambitionen und es ist (3) ein Widerstreit zwischen deutscher Hegemonialpolitik und dem institutionellen Arrangement der EU. Das ist selbstredend kein leichter Prozess. Gleichwohl macht es für die Völker Europas einen Unterschied aufs Ganze, dass Konflikte, die früher in Kriegen ausgefochten wurden und Millionen Menschen das Leben kosteten, heute im Streit um Verträge und deren Anwendung und innerhalb von Institutionen ausgetragen werden.

Die Widersprüche und Auseinandersetzungen, die auf diesen drei Ebenen ausgetragen werden, sind untereinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig. Im Endergebnis entscheidet der Ausgang dieser Kämpfe in erheblichem Maße über das Schicksal Europas: Welchen Charakter wird die EU haben? Wird sie ein Hort des Neoliberalismus sein, der zugleich immer deutlicher als Militärmacht in Erscheinung tritt, oder aber wird sie ein wohlfahrtsstaatliches Gefüge sein, das international als Zivilmacht agiert? Es ist offen in dem Sinne, dass die „objektiven Bedingungen“ verschiedenste Resultanten möglich machen. Am Ende gibt die politische Fähigkeit der real agierenden Akteure den Ausschlag – und das sind nicht nur Regierungen und die Hochbürokratie in den Brüsseler Amtsstuben, sondern auch die Menschen in allen EU-Ländern mit ihren politischen Bewegungen und Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und mit ihrer Zivilcourage. Wenn der Euro am Ende doch in einen „großen Kladderadatsch“ mündet, dann sind die Herrschenden bzw. Regierenden dafür verantwortlich, die Verhältnisse geschaffen haben, die sie schließlich nicht mehr beherrschen konnten. Dann befänden wir uns jedoch in einer grundlegend anderen Lage.

*Dieser Text ist die überarbeitete und erweiterte Fassung meines Beitrages auf der außenpolitischen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Zeitschrift WeltTrends am 12. Oktober 2012. Eine Vorfassung war in WeltTrends erschienen und wurde im Gesprächskreis Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutiert. Er verdankt sich zugleich vielerlei Diskussionen im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie im Kontext von Berliner Debatte Initial und WeltTrends. Den Entwurf dieses Textes haben Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Raimund Krämer und Peter Strutynski durchgesehen. Ich danke allen daran beteiligten Freunden und Kollegen und meiner Frau, Petra Crome, für ihre Anregungen. Verantwortlich für alles hier Ausgeführte bin ich jedoch allein.*

*4. Juli 2013*

*Erhard Crome*